

Allgemeine Geschäftsbedingungen der Deutsche Börse AG für den Freiverkehr an der Frankfurter Wertpapierbörse

Inhaltsübersicht

I.	Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen	4
§ 1	Zulassung eines Freiverkehrs an der Frankfurter Wertpapierbörse; Trägerschaft	4
§ 2	Geltungsbereich der Geschäftsbedingungen	4
§ 3	Handelssystem; Währung	4
§ 4	Allgemeine Mitwirkungspflichten	5
II.	Abschnitt: Bestimmungen zur Teilnahme am Handel	5
§ 5	Teilnahme am Handel	5
§ 6	Kündigung der Teilnahme am Handel aus wichtigem Grund	6
III.	Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen zur Einbeziehung	6
§ 7	Allgemeine Einbeziehungsvoraussetzungen für die Einbeziehung von Wertpapieren	6
§ 8	Allgemeine Voraussetzungen für den Einbeziehungsantrag	6
§ 9	Entscheidung über den Einbeziehungsantrag; Veröffentlichung	7
IV.	Abschnitt: Besondere Bestimmungen zur Einbeziehung in das Quotation Board	8
§ 9a	[Gestrichen]	8
§ 10	Antragsberechtigter; Einbeziehung und Übernahme	8
§ 11	Zusätzliche Einbeziehungsvoraussetzungen für Nichtaktien	8
§ 12	Zusätzliche Einbeziehungsvoraussetzungen für Aktien oder Aktien vertretende Zertifikate	9
§ 13	Mitteilungspflichten des antragstellenden Teilnehmers	10
§ 14	Kündigung und Beendigung der Einbeziehung; Einstellung des Handels	10
§ 15	Vertragsstrafe bei Verletzung der Mitteilungspflichten	11
V.	Abschnitt: Besondere Bestimmungen zur Einbeziehung in Scale und in das Basic Board	12
§ 16	Antragsberechtigter	12
§ 17	Zusätzliche Einbeziehungsvoraussetzungen für Aktien oder Aktien vertretende Zertifikate	12
§ 18	Erleichterte Einbeziehungsvoraussetzungen für im regulierten Markt zugelassene Aktien und Aktien vertretende Zertifikate (Downlisting)	15
§ 19	[Gestrichen]	16
§ 20	Verpflichtende Nutzung der Zeichnungsfunktionalität DirectPlace der DBAG	16

§ 21	Einbeziehungsfolgepflichten für Aktien und Aktien vertretende Zertifikate	17
§ 22	[Gestrichen].....	20
§ 23	Vertragsstrafe bei Verletzung der Einbeziehungsfolgepflichten in Scale	20
§ 24	Veröffentlichung der Verhängung einer Vertragsstrafe	21
§ 25	Pflichten des betreuenden Capital Market Partner	22
§ 26	Information der DBAG an Emittenten über Kündigung des betreuenden Capital Market Partner Vertrages	23
§ 27	Kündigung der Einbeziehung in Scale	23
§ 28	Einbeziehungsfolgepflichten im Basic Board	25
§ 29	Vertragsstrafe bei Verletzung der Einbeziehungsfolgepflichten im Basic Board.....	25
§ 30	Kündigung der Einbeziehung in das Basic Board; Einstellung des Handels	26
§ 31	Einbeziehung bei Rechtsformwechsel des Antragstellenden Emittenten	26
VI.	Abschnitt: Besondere Bestimmungen zur Einbeziehung von Strukturierten Produkten	27
§ 32	Antragsberechtigter; Einbeziehung.....	27
§ 33	Zusätzliche Einbeziehungsvoraussetzungen für Strukturierte Produkte	27
§ 34	Mitteilungspflichten des antragstellenden Teilnehmers	29
§ 35	Folgepflichten des antragstellenden Teilnehmers	29
§ 36	Kündigung der Einbeziehung; Einstellung des Handels	29
VII.	Abschnitt: Bestimmungen zur Organisation des Handels	30
§ 37	Designated Sponsors.....	30
§ 38	Spezialisten.....	30
VIII.	Abschnitt: Schlussbestimmungen.....	31
§ 39	Anwendbares Recht; Gerichtsstand	31
§ 40	Veröffentlichungen der DBAG.....	31
§ 41	Haftung der DBAG; Mitverschulden.....	32
§ 42	Datenschutz	32
§ 43	Entgelte	34
§ 44	Änderungen der Geschäftsbedingungen	35
IX.	Abschnitt: Übergangsbestimmungen.....	36
§ 45	Übergangsbestimmungen	36
	Entgeltverzeichnis	37
I.	Einbeziehungsentgelt.....	37
II.	Notierungsentgelt für Nichtstrukturierte Produkte	39
III.	Notierungsentgelt für Strukturierte Produkte	39

Anlage 1	Mindestinhalte des Vertrages zwischen Emittent und betreuendem Capital Market Partner für die Einbeziehung von Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board	42
Anlage 2a	Einbeziehungsdokument für die Einbeziehung in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board	44
Anlage 2b	Vereinfachtes Einbeziehungsdokument für die Einbeziehung in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board für im regulierten Markt zugelassener Aktien und Aktien vertretende Zertifikate (Downlisting)	48
Anlage 3	Bestätigung des Antragstellenden Capital Market Partner über die Geeignetheit des Emittenten für Scale	52
Anlage 4	Unternehmenskurzportrait	54
Anlage 5	Bestätigung hinsichtlich Finanzanalysen	56

I. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

**§ 1 Zulassung eines Freiverkehrs an der Frankfurter Wertpapierbörse;
Trägerschaft**

- (1) Für Wertpapiere, die weder zum regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse (im Folgenden „FWB“) zugelassen noch zum Handel in den regulierten Markt der FWB einbezogen sind, hat die FWB einen Freiverkehr (im Folgenden „Open Market“) zugelassen.
- (2) Träger des Open Market an der FWB ist die Deutsche Börse AG (im Folgenden „DBAG“).

§ 2 Geltungsbereich der Geschäftsbedingungen

- (1) Diese Geschäftsbedingungen regeln die Teilnahme am Handel von Wertpapieren im Open Market sowie die Einbeziehung von Wertpapieren in den Open Market. Die Abschnitte IV bis V finden für Strukturierte Produkte i.S.v. § 1 Börsenordnung für die FWB (im Folgenden „Strukturierte Produkte“) keine Anwendung. Der Ablauf des Handels wird durch die Handelsordnung für den Freiverkehr an der FWB (im Folgenden „HandelsO“) geregelt.
- (2) Diese Geschäftsbedingungen gelten für die Geschäftsbeziehung zwischen der DBAG in ihrer Funktion als Träger des Open Market, den Teilnehmern gemäß § 5 Abs. 1, den Antragstellenden Emittenten gemäß § 16 Abs. 1 und den DBAG Capital Market Partnern (im Folgenden „Capital Market Partner“) gemäß § 16 Abs. 1 und § 25.

§ 3 Handelssystem; Währung

- (1) In den Open Market einbezogene Wertpapiere werden im elektronischen Handelssystem gehandelt.
- (2) Die DBAG bestimmt die Handelswährung und die Abwicklungswährung. Sie kann festlegen, dass ein Wertpapier in mehreren Währungen gehandelt oder abgewickelt wird.
- (3) Soweit nichts anderes bestimmt ist, erfolgt die Umrechnung von EUR in Fremdwährungen auf Basis des Euro-Referenzkurses der Europäischen Zentralbank.

§ 4 Allgemeine Mitwirkungspflichten

Ungeachtet besonderer Leistungspflichten nach diesen Geschäftsbedingungen sind die Antragstellenden Capital Market Partner im Rahmen des Einbeziehungsverfahrens, die Teilnehmer, die Antragstellenden Emittenten und die betreuenden Capital Market Partner verpflichtet, in zumutbarem Umfang an einem ordnungsgemäßen Ablauf der Geschäftsbeziehung mitzuwirken. Hierzu zählt insbesondere

- die unverzügliche Weitergabe aller ihnen zur Kenntnis gelangten Informationen an die DBAG, die für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Geschäftsbeziehung nach diesen Geschäftsbedingungen und/oder den ordnungsgemäßen Handel und/oder die ordnungsgemäße Geschäftsabwicklung der in den Open Market einbezogenen Wertpapiere erforderlich sind,
- die Rechtzeitigkeit, Richtigkeit, Bestimmtheit und Widerspruchsfreiheit von Anträgen und Mitteilungen,
- ein besonderer Hinweis auf etwaige Eilbedürftigkeit oder Fristangelegenheiten,
- die Prüfung von Mitteilungen der DBAG im Rahmen dieser Geschäftsbedingungen auf Richtigkeit und Vollständigkeit sowie die unverzügliche Erhebung von Einwänden,
- die Benachrichtigung der DBAG im Fall der Verspätung oder des Ausbleibens erwarteter oder angekündigter Mitteilungen der DBAG.

II. Abschnitt: Bestimmungen zur Teilnahme am Handel

§ 5 Teilnahme am Handel

- (1) Zur Teilnahme am Handel von in den Open Market einbezogenen Wertpapieren sind alle Unternehmen und Börsenhändler berechtigt, die zur Teilnahme am Börsenhandel an der FWB zugelassen sind und denen Zugang zur Börsen-EDV eingeräumt wurde (im Folgenden „Teilnehmer“). Der Zugang zur Börsen-EDV sowie die Nutzung technischer Systeme im Open Market erfolgen entsprechend der für den regulierten Markt an der FWB geltenden Bestimmungen und der auf dieser Grundlage von der Geschäftsführung der FWB getroffenen Entscheidungen.
- (2) Die DBAG kann die Aufnahme einer Geschäftsbeziehung nach diesen Geschäftsbedingungen mit einem Teilnehmer nach Abs. 1 ablehnen, wenn in dessen Person begründete Umstände vorliegen, die zur Schädigung des Ansehens der DBAG oder der FWB führen können.

§ 6 Kündigung der Teilnahme am Handel aus wichtigem Grund

- (1) Die DBAG kann die gesamte Geschäftsbeziehung oder einzelne Geschäftsbeziehungen gemäß diesen Geschäftsbedingungen zu einem Teilnehmer aus wichtigem Grund kündigen. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn der DBAG auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Teilnehmers die Fortsetzung der Geschäftsbeziehung unzumutbar ist. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn
- a) der Teilnehmer nach fruchtloser Abmahnung gegen wesentliche vertragliche Pflichten aus diesen Geschäftsbedingungen verstößt,
 - oder
 - b) sich in der Person des Teilnehmers nachträglich Umstände ergeben, die die Voraussetzungen von § 5 Abs. 2 erfüllen.
- (2) Das Recht des Teilnehmers zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

III. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen zur Einbeziehung

§ 7 Allgemeine Einbeziehungsvoraussetzungen für die Einbeziehung von Wertpapieren

Wertpapiere können in den Open Market einbezogen werden, wenn

- sie weder zum Handel im regulierten Markt der FWB zugelassen noch zum Handel in den regulierten Markt der FWB einbezogen sind,
- sie über eine International Securities Identification Number (ISIN) verfügen,
- deren Emittent über einen Legal-Entity-Identifizier (LEI) verfügt,
- sie frei handelbar sind,
- eine ordnungsgemäße Erfüllung der Geschäfte gewährleistet ist,
- dem Börsenhandel keine behördlichen Verbote oder Untersagungen entgegenstehen.

§ 8 Allgemeine Voraussetzungen für den Einbeziehungsantrag

- (1) Der Antrag auf Einbeziehung von Wertpapieren ist in deutscher oder englischer Sprache in Textform zu stellen. Die DBAG kann verlangen, dass der Antrag in einer bestimmten Form und/oder in einem bestimmten Format zu übermitteln ist.

- (2) Der Antrag muss Firma und Sitz des Emittenten und des jeweiligen Antragstellers sowie die Art der einzubeziehenden Wertpapiere enthalten. Die DBAG ist berechtigt, im Antrag zusätzliche Angaben zu verlangen.
- (3) Dem Antrag sind alle zur Prüfung der Einbeziehungs Voraussetzungen erforderlichen Unterlagen und Nachweise beizufügen. Der DBAG sind auf Verlangen weitere Unterlagen oder Nachweise vorzulegen.
- (4) Mit dem Antrag auf Einbeziehung sind die nach den Anforderungen aus Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr.596/2014 notwendigen Referenzdaten in Bezug auf die einzubeziehenden Wertpapiere zu übermitteln.
- (5) Hinsichtlich Sprache, Form und Format der Übermittlung der Unterlagen, Nachweise und Daten gemäß Abs. 3 und 4 gilt Abs. 1 entsprechend.
- (6) Soweit die Einbeziehungs Voraussetzungen nicht innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten nach Stellung des Einbeziehungsantrages nachgewiesen werden, gilt der Antrag als zurückgenommen. Abweichend gilt bei Einbeziehungsanträgen für Nichtaktien im Quotation Board der Antrag als zurückgenommen, wenn die Einbeziehungs Voraussetzungen nicht innerhalb eines Zeitraums von einem Monat nach Stellung des Einbeziehungsantrags nachgewiesen werden.

§ 9 Entscheidung über den Einbeziehungsantrag; Veröffentlichung

- (1) Über den Antrag auf Einbeziehung entscheidet die DBAG. Die DBAG prüft die Vollständigkeit, Verständlichkeit und Widerspruchsfreiheit der ihr übermittelten Unterlagen und Nachweise.
- (2) Der Antrag auf Einbeziehung kann auch bei Vorliegen der Einbeziehungs Voraussetzungen abgelehnt werden, insbesondere, wenn nach der Auffassung der DBAG die Voraussetzungen für einen ordnungsgemäßen Handel oder für eine ordnungsgemäße Geschäftsabwicklung nicht gegeben sind oder die Einbeziehung zu einer Übervorteilung des Publikums oder einer Schädigung erheblicher allgemeiner Interessen führt.
- (3) Einbeziehungen sind von der DBAG gemäß § 40 Abs. 3 zu veröffentlichen.

IV. Abschnitt: Besondere Bestimmungen zur Einbeziehung in das Quotation Board

§ 9a [Gestrichen]

§ 10 Antragsberechtigter; Einbeziehung und Übernahme

- (1) Die Einbeziehung von Wertpapieren in das Quotation Board erfolgt auf Antrag eines Teilnehmers gemäß § 5 Abs. 1, der zugleich Spezialist gemäß § 38 ist. Bei Anteilen an offenen in- und ausländischen Investmentvermögen, die in Form von Investmentfonds oder Investmentaktiengesellschaften gebildet werden (im Folgenden „Fondsanteile“), darf die Einbeziehung ausschließlich von Spezialisten gemäß § 38 beantragt werden, die mit der Wahrnehmung der Spezialistenaufgaben für Fondsanteile beauftragt wurden.
- (2) Aktien und Aktien vertretende Zertifikate können auch ohne Antrag eines Teilnehmers durch die DBAG in das Quotation Board einbezogen werden. Für Aktien und Aktien vertretende Zertifikate, die durch die DBAG ohne Antrag eines Teilnehmers einbezogen wurden, kann ein Teilnehmer gemäß Abs. 1 Satz 1 auf Antrag die Rechte und Pflichten nach diesen Geschäftsbedingungen übernehmen (im Folgenden „Übernahme“). Mit der Übernahme steht der übernehmende Teilnehmer einem Teilnehmer gleich, der einen Antrag auf Einbeziehung in das Quotation Board gestellt hat; insbesondere gelten § 13 Abs. 1 und § 43.

§ 11 Zusätzliche Einbeziehungsvoraussetzungen für Nichtaktien

- (1) Die Einbeziehung von Wertpapieren in das Quotation Board, die keine Aktien oder Aktien vertretende Zertifikate sind (im Folgenden „Nichtaktien“), setzt zusätzlich voraus, dass
 - a) die Nichtaktien entweder bereits zum Handel an einem in- oder ausländischen börsenmäßigen Handelsplatz, an dem Wertpapiere erworben und veräußert werden können, zugelassen oder in diesen einbezogen sind oder
 - b) ein für die Nichtaktien erstellter Prospekt vorliegt, der von einer von der DBAG anerkannten in- oder ausländischen Behörde gebilligt worden ist; der Prospekt muss gültig und entweder in deutscher oder englischer Sprache abgefasst sein oder über eine deutsche oder englische Zusammenfassung verfügen oder
 - c) der antragstellende Teilnehmer eine Übersicht (im Folgenden „Formblatt Emittentendaten“) erstellt hat, die nähere Angaben über die Nichtaktie und den Emittenten enthält; die einzelnen Anforderungen an den Inhalt des Formblatts Emittentendaten werden von der DBAG vorgegeben. Zusätzlich sind eine Eröffnungsbilanz oder der letzte geprüfte Jahresabschluss – oder,

sofern der Emittent konsolidierungspflichtig ist, stattdessen der letzte geprüfte Konzernabschluss – sowie die Wertpapierbedingungen beizufügen. Anstelle des Formblatts Emittentendaten kann auch ein gestattetes Wertpapier- Informationsblatt vorgelegt werden. Vorbehaltlich gesetzlicher Auskunft- und Herausgabepflichten ist die DBAG nicht berechtigt, die eingereichten Dokumente zu veröffentlichen oder an Dritte weiterzugeben oder

- d) die Nichtaktien von Emittenten begeben worden sind, deren Wertpapiere zum regulierten Markt an der FWB zugelassen oder in den regulierten Markt an der FWB oder den Open Market einbezogen sind oder
 - e) bei den Nichtaktien aufgrund von Art. 1 Abs. 2 lit. b) und d), Abs. 5 lit. i) der Verordnung (EU) 2017/1129 sowie § 3 des Wertpapierprospektgesetzes im Falle einer Zulassung zum regulierten Markt von der Veröffentlichung eines Prospektes abgesehen werden kann.
- (2) Schuldverschreibungen (im Folgenden „Anleihen“), die zum Zeitpunkt der Einbeziehung rechtlich noch nicht entstanden sind, können unabhängig vom Vorliegen der Voraussetzungen nach § 7 4. Spiegelstrich und 5. Spiegelstrich einbezogen werden. Die Einbeziehung endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf, wenn
- a) nach Ablauf von 10 Tagen nach dem bei Einbeziehung genannten Valutatag die Anleihe nicht entstanden ist oder zu diesem Zeitpunkt die freie Handelbarkeit oder eine ordnungsgemäße Erfüllung der Geschäfte nicht gewährleistet ist oder
 - b) zuvor bereits feststeht, dass die Anleihe nicht entstehen wird.

Im Falle der Beendigung der Einbeziehung gemäß Satz 1 wird die Einstellung des Handels von der Geschäftsführung der FWB auf den Internetseiten der FWB unter <https://www.cashmarket.deutsche-boerse.com> bekannt gemacht.

- (3) Fondsanteile gemäß § 10 Abs. 1 Satz 2 können nur einbezogen werden, wenn ihr öffentlicher Vertrieb in der Bundesrepublik Deutschland gestattet wurde und dem Antrag eine aktuelle Übersicht über die Zusammensetzung des Fonds beigelegt ist.
- (4) Die DBAG ist berechtigt, weitere Einbeziehungsvoraussetzungen festzulegen.

§ 12 Zusätzliche Einbeziehungsvoraussetzungen für Aktien oder Aktien vertretende Zertifikate

- (1) Die Einbeziehung von Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten in das Quotation Board setzt zusätzlich voraus, dass diese zum Handel an einem von der DBAG anerkannten in- oder ausländischen börsenmäßigen Handelsplatz zugelassen sind. Aktien vertretende Zertifikate können auch gemäß Satz 1 einbezogen werden,

wenn die vertretenen Aktien an einem von der DBAG anerkannten in- oder ausländischen börsenmäßigen Handelsplatz zugelassen sind.

- (2) Die DBAG legt die anerkannten börsenmäßigen Handelsplätze gemäß Abs. 1 fest und veröffentlicht diese auf ihrer Internetseite <https://www.cashmarket.deutsche-boerse.com>.
- (3) Die DBAG ist berechtigt, weitere Einbeziehungsvoraussetzungen festzulegen.

§ 13 Mitteilungspflichten des antragstellenden Teilnehmers

- (1) Der antragstellende Teilnehmer ist verpflichtet, die DBAG unverzüglich zu informieren, wenn die Voraussetzungen von § 12 Abs. 1 nicht mehr vorliegen. Auf die außerordentliche Kündigungsmöglichkeit der DBAG gemäß § 14 Abs. 2 wird verwiesen.
- (2) Der antragstellende Teilnehmer ist verpflichtet, die DBAG während der gesamten Dauer der Einbeziehung umgehend über alle Umstände zu unterrichten, die für den Handel oder die Geschäftsabwicklung oder für die Beurteilung des einbezogenen Wertpapiers oder des Emittenten relevant sind, sofern der antragstellende Teilnehmer von diesen Umständen Kenntnis hat oder von denen er sich über allgemein zugängliche Informationsquellen in zumutbarer Art und Weise Kenntnis verschaffen kann. Umstände gemäß Satz 1 sind insbesondere Unternehmensnachrichten des Emittenten, wie insbesondere Kapitalmaßnahmen (z. B. Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen, Aktiensplit oder -zusammenlegung, Ausgabe von Bezugsrechten, Dividendenzahlungen), Insolvenz des Emittenten, Wechsel im Vorstand oder Aufsichtsrat des Emittenten, Veränderung von wesentlichen durch den oder an dem Emittenten gehaltenen Beteiligungen.
- (3) Der antragstellende Teilnehmer hat insbesondere ein elektronisch betriebenes Informationsverbreitungssystem zu nutzen, über das Umstände gemäß Abs. 2 zeitnah veröffentlicht werden.

§ 14 Kündigung und Beendigung der Einbeziehung; Einstellung des Handels

- (1) Die DBAG und der antragstellende Teilnehmer können die Einbeziehung von Wertpapieren in das Quotation Board mit einer Frist von sechs Wochen kündigen.
- (2) Das Recht zur fristlosen Kündigung der Einbeziehung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Die DBAG ist zu einer fristlosen Kündigung der Einbeziehung insbesondere berechtigt, wenn die einbezogenen Aktien, Aktien vertretenden Zertifikate oder vertretenen Aktien nicht mehr zum Handel an einem von der DBAG anerkannten in- oder ausländischen börsenmäßigen Handelsplatz zugelassen sind oder die Ordnungsmäßigkeit des Handels oder der Geschäftsabwicklung gefährdet ist oder eine Übervorteilung des Publikums droht.

- (3) Mit Ablauf der Kündigungsfrist gemäß Abs. 1 oder mit Wirksamkeit der Kündigung gemäß Abs. 2 kann der Handel von Wertpapieren, deren Einbeziehung gekündigt wurde, im Quotation Board eingestellt werden. Sämtliche Rechte und Pflichten des antragstellenden Teilnehmers entfallen mit Ablauf der Kündigungsfrist gemäß Abs. 1 oder mit Wirksamkeit der Kündigung gemäß Abs. 2; hiervon unberührt bleibt die Verpflichtung zur Bezahlung bereits fälliger Entgelte gemäß § 43. Die Einstellung des Handels wird von der Geschäftsführung der FWB auf den Internetseiten der FWB unter <https://www.cashmarket.deutsche-boerse.com> bekannt gemacht.
- (4) Die Einbeziehung eines Wertpapiers in das Quotation Board endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf, zu dem Zeitpunkt, zu dem der antragstellende Teilnehmer nicht mehr als Spezialist für das Wertpapier tätig ist. Abs. 3 gilt entsprechend.
- (5) Der Handel von Aktien und Aktien vertretenden Zertifikaten, die ohne Antrag eines Teilnehmers einbezogen wurden, kann unter Einhaltung einer angemessenen Frist eingestellt werden; unter den in Abs. 2 Satz 2 genannten Gründen kann der Handel unverzüglich eingestellt werden. Die Einstellung des Handels wird von der Geschäftsführung der FWB auf den Internetseiten der FWB unter <https://www.cashmarket.deutsche-boerse.com> bekannt gemacht.

§ 15 Vertragsstrafe bei Verletzung der Mitteilungspflichten

- (1) Erfüllt der antragstellende Teilnehmer seine Mitteilungspflichten gemäß § 13 nicht oder nicht fristgerecht oder nicht vollständig, ist die DBAG berechtigt, eine Vertragsstrafe vom antragstellenden Teilnehmer zu fordern, es sei denn, dieser hat den Pflichtverstoß nicht zu vertreten.
- (2) Bei vorsätzlichem Handeln kann die Vertragsstrafe in jedem Einzelfall bis zu EUR 10.000 betragen. Im Fall von fahrlässigem Handeln kann die Vertragsstrafe bis zu EUR 5.000 betragen.
- (3) Die Bestimmung der konkreten Vertragsstrafe gemäß Abs. 2 ist insbesondere von folgenden Faktoren abhängig:
 - der Dauer und dem Umfang der Pflichtverletzung und
 - der Bedeutung des Verstoßes für den Kapitalmarkt.
- (4) § 24 gilt entsprechend.

**V. Abschnitt: Besondere Bestimmungen zur Einbeziehung in
Scale und in das Basic Board**

§ 16 Antragsberechtigter

- (1) Die Einbeziehung von Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board erfolgt auf Antrag eines Emittenten (im Folgenden „Antragstellender Emittent“) zusammen mit einem Capital Market Partner für die Antragstellung (im Folgenden „Antragstellender Capital Market Partner“). Antragstellender Capital Market Partner kann nur ein Kreditinstitut, Finanzdienstleistungsinstitut oder ein nach § 53 Abs. 1 Satz 1 des Kreditwesengesetzes (im Folgenden „KWG“) oder § 53 b Abs. 1 Satz 1 KWG tätiges Unternehmen sein, das von der DBAG als Antragstellender Capital Market Partner anerkannt wurde. Eine Liste der von der DBAG anerkannten Antragstellenden Capital Market Partner ist im Internet unter <https://www.cashmarket.deutsche-boerse.com> abrufbar.
- (2) Sofern sich der Antragstellende Capital Market Partner bei der Erfüllung von seinen Pflichten nach diesen Geschäftsbedingungen eines Dritten bedient, ist er verpflichtet, den Dritten aus dem Kreis der Capital Market Partner auszuwählen.

**§ 17 Zusätzliche Einbeziehungsvoraussetzungen für Aktien oder
Aktien vertretende Zertifikate**

- (1) Die Einbeziehung von Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board setzt zusätzlich voraus, dass
 - a) der Emittent einen Vertrag mit einem betreuenden Capital Market Partner abgeschlossen hat, der die Mindestinhalte gemäß Anlage 1 enthält,
 - b) ein Einbeziehungsdokument gemäß Anlage 2a oder im Falle eines prospektpflichtigen öffentlichen Angebots der Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikate ein Prospekt gemäß Abs. 3 lit. b) aa) erstellt wurde. Das Einbeziehungsdokument gemäß Anlage 2a oder der Prospekt gemäß Abs. 3 lit. b) aa) ist zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung erfolgt gemäß § 40 Abs. 1.
 - c) der Emittent mindestens zwei Jahre als Unternehmen bestanden hat,
 - d) die einzubeziehenden Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikate ausreichend gestreut sind; sie gelten als ausreichend gestreut, wenn mindestens 10% des Gesamtnennbetrags, bei nennwertlosen Aktien oder Aktien vertretenden

Zertifikaten der Stückzahl, der einzubeziehenden Aktien vom Publikum gehalten werden. Abweichend hiervon können Aktien oder Aktien vertretende Zertifikate einbezogen werden, wenn ein ordnungsgemäßer Börsenhandel gewährleistet und

- aa) eine ausreichende Anzahl der Aktien oder der Aktien vertretenden Zertifikate vom Publikum gehalten wird;
 - bb) die Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikate von einer ausreichenden Anzahl von Anteilseignern gehalten werden oder
 - cc) der Marktwert der vom Publikum gehaltenen Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikate einen ausreichenden Anteil des gezeichneten Kapitals der betreffenden Aktiengattung darstellt.
- e) der Emittent der DBAG die vollständig ausgefüllte und unterzeichnete Anlage 5 vorlegt.
- f) der Emittent der DBAG mindestens zwei Personen aus seinem Unternehmen und deren Kontaktdaten benennt, die der DBAG als Ansprechpartner für die Einbeziehungsfolgenpflichten des Emittenten gemäß § 21 zur Verfügung stehen.
- (2) Des Weiteren setzt die Einbeziehung von Aktien und Aktien vertretenden Zertifikaten in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board voraus, dass der Antragstellende Capital Market Partner
- a) durch Abgabe der Bestätigungen gemäß Anlage 3 die Geeignetheit des Emittenten für Scale nachweist und
 - b) sofern kein Prospekt zu erstellen ist, das Einbeziehungsdokument gemäß Anlage 2a auf Vollständigkeit, Kohärenz und Verständlichkeit überprüft und dies mit seiner Unterschrift auf dem Einbeziehungsdokument bestätigt.
- (3) Ferner setzt die Einbeziehung von Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board die Übermittlung der nachfolgenden Unterlagen bei der Antragstellung voraus:
- a) den zwischen dem Emittenten und dem betreuenden Capital Market Partner vereinbarten schriftlichen Vertrag gemäß Anlage 1,
 - b) ein Einbeziehungsdokument gemäß Anlage 2a oder im Falle eines prospektpflichtigen öffentlichen Angebots der Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikate

- aa) einen nach den Vorschriften der Verordnung (EU) 2017/1129 gültigen und gebilligten oder bescheinigten Prospekt und etwaige Nachträge zum Prospekt sowie
- bb) die Billigungsbescheinigung und den Nachweis über die Veröffentlichung des Prospekts und der Nachträge,
- c) die Jahresabschlüsse und Lageberichte – falls der Emittent konsolidierungspflichtig ist, stattdessen die Konzernabschlüsse und Konzernlageberichte - der letzten zwei Geschäftsjahre, wobei
 - aa) die Abschlüsse und Lageberichte gemäß Satz 1
 - bei Emittenten mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat oder EWR-Vertragsstaat entweder gemäß den nach der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards oder gemäß dem nationalen Recht des Sitzstaates des Emittenten aufgestellt sein müssen,
 - bei Emittenten mit Sitz in einem Drittstaat entweder gemäß den internationalen Rechnungslegungsstandards oder gemäß den von der EU-Kommission in der Entscheidung 2008/961/EG, geändert durch den Durchführungsbeschluss 2012/194/EU, als mit IFRS gleichwertig anerkannten Rechnungslegungsstandards oder nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches aufgestellt sein müssen,
 - bb) zumindest der Jahresabschluss und Lagebericht bzw. der Konzernabschluss und Konzernlagebericht des letzten Geschäftsjahres geprüft sein und zusammen mit dem Bestätigungsvermerk oder dem Vermerk über dessen Versagung übermittelt werden muss und
 - cc) das letzte Geschäftsjahr gemäß Satz 1 nicht kürzer als zwölf Monate (Rumpfgeschäftsjahr) und nicht älter als fünfzehn Monate zum Zeitpunkt der Antragstellung sein darf,
- d) im Falle, dass die Antragstellung mehr als zehn Monate nach Ablauf des letzten Geschäftsjahres erfolgt, einen Halbjahresabschluss und Zwischenlagebericht - falls der Emittent konsolidierungspflichtig ist, stattdessen einen verkürzten Konzernabschluss und Konzernzwischenlagebericht - entsprechend § 21 Abs. 1 lit. b) Satz 2 bis 5 für die ersten sechs Monate des laufenden Geschäftsjahres,
- e) eine Bestätigung des Emittenten über die Streuung der einzubeziehenden Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikate des Emittenten im Publikum gemäß Abs. 1 lit. d),

- f) einen aktuellen Handelsregister-Auszug des Emittenten, der zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht älter ist als vier Wochen,
 - g) die zum Zeitpunkt der Antragstellung gültige Satzung oder den gültigen Gesellschaftsvertrag des Emittenten,
 - h) ein gemäß Anlage 4 erstelltes Unternehmenskurzportrait des Emittenten,
 - i) einen Unternehmenskalender, der die wesentlichen Termine des Emittenten (z.B. Analysten- und Investorenveranstaltung, Hauptversammlung oder andere gesetzliche Pflichtveranstaltungen) enthält,
 - j) im Falle eines Emittenten mit Sitz im Ausland, eine schriftliche Vollmacht des Emittenten, die einen Empfangsbevollmächtigten mit Sitz im Inland, beispielsweise den betreuenden Capital Market Partner, eine vom Emittenten benannte Kanzlei oder Unternehmensberatung während der gesamten Dauer der Einbeziehung zur Entgegennahme von Willenserklärungen (einschließlich einseitiger Erklärungen, z. B. der Kündigung der Einbeziehung) sowie zur Entgegennahme von Zustellungen der DBAG gegenüber dem Emittenten im Rahmen der Einbeziehung bevollmächtigt und die nur für den Fall der Beendigung der Einbeziehung oder des Wechsels des Empfangsbevollmächtigten widerruflich ist.
- (4) Die DBAG kann Ausnahmen von den in Abs. 1 lit. a), c) und f) bis Abs. 3 lit. a), f) – j) genannten Einbeziehungsvoraussetzungen gestatten, sofern die Abweichung geringfügig oder nicht geeignet ist, die Beurteilung der Finanzlage und der Entwicklungsaussichten des Emittenten wesentlich zu beeinflussen.
- (5) Mit der Antragstellung haften der Emittent und der Antragstellende Capital Market Partner gegenüber der DBAG für Schäden, die der DBAG aufgrund von Unrichtigkeit und Unvollständigkeit der im Antrag gemachten Angaben oder der von ihnen abgegebenen Bestätigungen entstanden sind sowie für die Unvollständigkeit der eingereichten Unterlagen. Sofern kein Prospekt zu erstellen ist, haftet der Emittent für die Unrichtigkeit und Unvollständigkeit und der Antragstellende Capital Market Partner für die Unvollständigkeit, Inkohärenz und Unverständlichkeit der im Einbeziehungsdokument gemachten Angaben.

§ 18 Erleichterte Einbeziehungsvoraussetzungen für im regulierten Markt zugelassene Aktien und Aktien vertretende Zertifikate (Downlisting)

Aktien oder Aktien vertretende Zertifikate können gemäß § 17 in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board einbezogen werden, ohne dass die Voraussetzungen hinsichtlich des Einbeziehungsdokuments nach Anlage 2a oder Prospekts gemäß § 17 Abs. 1 lit b), Abs. 2 lit. b) und Abs. 3 lit. b) erfüllt sein müssen, wenn

- a) diese Aktien oder Aktien vertretende Zertifikate zum Zeitpunkt der Stellung des Antrags auf Einbeziehung mehr als 18 Monate ununterbrochen zum regulierten Markt an der FWB oder an einem anderen geregelten Markt im Sinne des Artikels 4 Abs. 1 Nr. 21 der Richtlinie 2014/65/EU zugelassen waren,
- b) im Zusammenhang mit der Zulassung der Aktien oder Aktien vertretende Zertifikate zum regulierten Markt an der FWB oder einem anderen geregelten Markt nach lit. a) ein nach den dort geltenden Vorschriften gebilligter Prospekt veröffentlicht wurde,
- c) ein Einbeziehungsdokument gemäß Anlage 2b erstellt und gemäß § 40 Abs. 1 veröffentlicht wurde und die Voraussetzungen gemäß § 17 Abs. 2 lit. b) und Abs. 3 lit. b) hinsichtlich des Einbeziehungsdokuments gemäß Anlage 2b erfüllt sind,
- d) der Emittent die laufenden Pflichten aus der Zulassung seiner Aktien und Aktien vertretenden Zertifikate zum regulierten Markt an der FWB oder an einem anderen geregelten Markt im Sinne des Artikels 4 Abs. 1 Nr. 21 der Richtlinie 2014/65/EU eingehalten hat, und
- e) der Antragstellende Capital Market Partner bestätigt, dass ihm keine Umstände bekannt sind, oder von denen er sich über allgemein zugängliche Informationsquellen in zumutbarer Art und Weise Kenntnis verschaffen kann, wonach der Emittent seine Pflichten aus der Zulassung zum Handel an dem regulierten bzw. geregelten Markt nach lit. a) nicht oder nicht ordnungsgemäß erfüllt hat.

§ 19 [Gestrichen]

§ 20 Verpflichtende Nutzung der Zeichnungsfunktionalität DirectPlace der DBAG

Im Falle eines prospektpflichtigen öffentlichen Angebots von Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten, die in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board einbezogen werden, ist der Antragstellende Emittent verpflichtet, die Zeichnungsfunktionalität DirectPlace der DBAG zu nutzen. DirectPlace ist eine technische Plattform zur Abgabe und Annahme von Kaufangeboten (Zeichnung). Die Nutzung anderweitiger Art und Weisen der Zeichnung bleibt unberührt.

§ 21 Einbeziehungsfolgepflichten für Aktien und Aktien vertretende Zertifikate

- (1) Der Antragstellende Emittent, dessen Aktien oder Aktien vertretende Zertifikate in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board einbezogen sind, muss folgende Pflichten erfüllen:

a) Übermittlung und Veröffentlichung von Jahresabschluss und Lagebericht

Der Emittent muss innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres einen geprüften Jahresabschluss und Lagebericht – falls er konsolidierungspflichtig ist, stattdessen einen geprüften Konzernabschluss und Konzernlagebericht – zusammen mit dem Bestätigungsvermerk oder dem Vermerk über dessen Versagung an die DBAG übermitteln und veröffentlichen. Die Veröffentlichung erfolgt gemäß § 40 Abs. 1. Der Jahresabschluss und Lagebericht bzw. der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht müssen

- bei Emittenten mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat oder EWR-Vertragsstaat entweder gemäß den nach der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards oder gemäß dem nationalen Recht des Sitzstaates des Emittenten aufgestellt sein,
- bei Emittenten mit Sitz in einem Drittstaat entweder gemäß den internationalen Rechnungslegungsstandards oder gemäß den von der EU-Kommission in der Entscheidung 2008/961/EG, geändert durch den Durchführungsbeschluss 2012/194/EU, als mit IFRS gleichwertig anerkannten Rechnungslegungsstandards oder nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches aufgestellt sein.

b) Übermittlung und Veröffentlichung von Halbjahresabschluss und Zwischenlagebericht

Der Emittent muss für die ersten sechs Monate eines jeden Geschäftsjahres einen verkürzten Abschluss (Halbjahresabschluss) und einen Zwischenlagebericht - falls er konsolidierungspflichtig ist, stattdessen einen verkürzten Konzernabschluss und Konzernzwischenlagebericht - aufstellen und diese spätestens vier Monate nach Ablauf des Berichtszeitraums an die DBAG übermitteln und veröffentlichen. Die Veröffentlichung erfolgt gemäß § 40 Abs. 1. Der verkürzte Abschluss muss mindestens eine verkürzte Bilanz, eine verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung und einen Anhang enthalten. Auf den verkürzten Abschluss sind die auf den Jahresabschluss angewandten Rechnungslegungsgrundsätze anzuwenden. Im Zwischenlagebericht sind mindestens die wichtigen Ereignisse des Berichtszeitraums im Unternehmen des Emittenten und ihre Auswirkungen auf den verkürzten Abschluss anzugeben sowie die wesentlichen Chancen und Risiken für die dem Berichtszeitraum folgenden sechs Monate des

Geschäftsjahres zu beschreiben. Im Falle der Konsolidierungspflicht gelten die Sätze 2 bis 4 für den Konzernabschluss und Konzernzwischenlagebericht entsprechend.

- c) Veröffentlichung der Finanzanalysen (Initial Research und Research Updates)

Der Emittent muss einen Initial Research spätestens sechs Wochen nach der Einbeziehung in Scale veröffentlichen. Der Initial Research ist eine umfassende Analyse des einbezogenen Wertpapiers bzw. Unternehmens und muss mindestens eine Zusammenfassung (Executive Summary), eine Analyse der wesentlichen Ertrags-, Bilanz- und Liquiditätskennzahlen, eine Markt- und Wettbewerbsanalyse, ein Prognosemodell und eine Bewertung beinhalten.

Ab dem Zeitpunkt der Einbeziehung sowie für die ersten beiden vollen Kalenderjahre nach Einbeziehung muss der Emittent spätestens zwei Wochen nach Ablauf der Übermittlungsfrist für den Jahresabschluss (Abs. 1 lit. a) bzw. für den Halbjahresabschluss (Abs. 1 lit. b) Research Updates veröffentlichen. Research Updates befassen sich mit der Analyse des jeweils relevanten Abschlusses und müssen mindestens eine Analyse der wesentlichen Ertrags-, Bilanz- und Liquiditätskennzahlen, ein aktualisiertes Prognosemodell und eine aktualisierte Bewertung enthalten. Die Pflicht zur Veröffentlichung eines Research Updates entfällt, wenn der Initial Research bereits die Bewertung des Abschlusses enthält, der nach der Einbeziehung als erstes zu übermitteln und zu veröffentlichen ist.

Der Emittent muss die Finanzanalysen auf seiner Internetseite veröffentlichen. Der Emittent muss diese für jeweils mindestens 24 Monate auf seiner Internetseite veröffentlicht halten.

- d) Aktualisierung und Übermittlung des Unternehmenskalenders

Der Emittent muss den gemäß § 17 Abs. 3 lit. i) geforderten Unternehmenskalender fortlaufend aktualisieren. Wenigstens zu Beginn eines jeden Geschäftsjahres ist der Unternehmenskalender an die DBAG zu übermitteln.

- e) Durchführung einer Analysten- und Investorenveranstaltung

Der Emittent muss mindestens einmal jährlich eine Veranstaltung durchführen, auf der gezielt Analysten und Investoren informiert werden. Der Termin der Analysten- und Investorenveranstaltung ist im Unternehmenskalender gemäß lit. d) anzugeben. Terminänderungen sind unverzüglich im Unternehmenskalender einzutragen und zu übermitteln.

- f) Betreuung durch Capital Market Partner

Der Emittent muss ab dem Zeitpunkt der Einbeziehung sowie für die ersten beiden vollen Kalenderjahre nach der Einbeziehung ununterbrochen einen betreuenden Capital Market Partner beauftragt haben. Wird der Vertrag zwischen Emittent und betreuendem Capital Market Partner in dieser Zeit von einer der beiden Parteien beendet, hat der Emittent innerhalb eines Monats nach Beendigung des Vertrages einen neuen Vertrag mit einem betreuenden Capital Market Partner abzuschließen und der DBAG vorzulegen.

- g) Mitteilung und Übermittlung von Veränderungen in Bezug auf den Emittenten oder die einbezogenen Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten

Der Emittent muss die DBAG unverzüglich informieren über

- aa) jede Änderung in Bezug auf Daten, die im Unternehmenskurzportrait gemäß § 17 Abs. 3 lit. h) anzugeben sind, insbesondere Umfirmierung, Sitzverlegung, Adressänderung, Geschäftsjahresänderung, Wechsel im Vorstand oder Aufsichtsrat, Änderung oder Verlegung des operativen Geschäfts, Wechsel von Spezialist oder Designated Sponsor; in diesem Fall hat der Emittent eine entsprechend aktualisierte Fassung des Unternehmenskurzportraits unverzüglich an die DBAG zu übermitteln,
- bb) jede Kapitalmaßnahme, insbesondere Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen, Aktiensplit oder -zusammenlegung, Ausgabe von Bezugsrechten, Dividendenzahlungen; in diesem Fall hat der Emittent eine E-Mail mit Informationen zu der Kapitalmaßnahme unverzüglich an die DBAG, listing@deutsche-boerse.com, zu übermitteln,
- cc) jede vom Emittenten erklärte Kündigung des Vertrages mit dem betreuenden Capital Market Partner; in diesem Fall hat der Emittent eine E-Mail mit Informationen zu dem Datum der Kündigungserklärung, dem Datum der Beendigung des Vertrages und dem Kündigungsgrund unverzüglich an die DBAG, rule-enforcement@deutsche-boerse.com, zu übermitteln,
- dd) jeden Abschluss eines neuen Vertrages mit einem betreuenden Capital Market Partner; in diesem Fall hat der Emittent den vorgenannten neuen Vertrag, der die Mindestinhalte gemäß Anlage 1 enthalten muss, sowie – im Falle eines Emittenten mit Sitz im Ausland - eine schriftliche Empfangs- und Zustellungsvollmacht des Emittenten gemäß § 17 Abs. 3 lit. j) unverzüglich an die DBAG, rule-enforcement@deutsche-boerse.com, zu übermitteln,
- ee) jede Änderung in Bezug auf die vom Emittenten benannten Ansprechpartner für die Einbeziehungsfolgepflichten gemäß § 17 Abs. 1 lit. f) oder deren Kontaktdaten; in diesem Fall hat der Emittent eine E-Mail mit Informationen zu dem neuen Ansprechpartner und/oder

dessen neue Kontaktdaten unverzüglich an die DBAG, rule-enforcement@deutsche-boerse.com, zu übermitteln,

ff) jede Änderung der in Anlage 5 gemachten Angaben; die aktualisierte Fassung der Anlage 5 ist unverzüglich an die DBAG, rule-enforcement@deutsche-boerse.com, zu übermitteln.

- (2) Die DBAG kann Ausnahmen von den in Abs. 1 genannten Einbeziehungsfolgepflichten gestatten, sofern die Abweichung geringfügig oder nicht geeignet ist, die Beurteilung der Finanzlage und der Entwicklungsaussichten des Emittenten wesentlich zu beeinflussen.
- (3) Die Berichtsveröffentlichungs- und Berichtsübermittlungspflicht nach Abs. 1 lit. a) und b) entsteht erstmals in dem Berichts- oder Erstellungszeitraum, in dem die DBAG über die Einbeziehung entscheidet.
- (4) Die nach Abs. 1 zu übermittelnden Unterlagen müssen in deutscher oder englischer Sprache abgefasst sein.
- (5) Sämtliche nach Abs. 1 zu übermittelnden Unterlagen sind der DBAG in Textform zu übermitteln. § 8 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.
- (6) Die DBAG prüft die nach Abs. 1 übermittelten Unterlagen auf Vollständigkeit und Widerspruchsfreiheit.

§ 22 [Gestrichen]

§ 23 Vertragsstrafe bei Verletzung der Einbeziehungsfolgepflichten in Scale

- (1) Erfüllt der Antragstellende Emittent entgegen den jeweiligen Vorgaben seine Pflichten hinsichtlich
 - a) des Jahresabschlusses und Lageberichts gemäß § 21 Abs. 1 lit. a),
 - b) des Halbjahresabschlusses und Zwischenlageberichts gemäß § 21 Abs. 1 lit. b),
 - c) des Unternehmenskalenders gemäß § 21 Abs. 1 lit. d),
 - d) der Analysten- und Investorenveranstaltung gemäß § 21 Abs. 1 lit. e) oder
 - e) der Mitteilung von Veränderungen gemäß § 21 Abs. 1 lit. g)
 - f) der Finanzanalysen gemäß § 21 Abs. 1 lit. c)

nicht oder nicht fristgerecht oder nicht vollständig, ist die DBAG berechtigt, eine Vertragsstrafe von diesem zu fordern, es sei denn, dieser hat den Pflichtverstoß nicht zu vertreten.

- (2) Im Fall von vorsätzlichem Handeln gegen die genannten Pflichten gemäß Abs. 1 kann die Vertragsstrafe betragen:

im Fall ...	bis zu EUR
des Jahresabschlusses und Lageberichts	400.000
des Halbjahresabschlusses und Zwischenlageberichts	200.000
der Finanzanalysen	25.000
des Unternehmenskalenders	10.000
der Analysten- und Investorenveranstaltung	10.000
der Mitteilung von Veränderungen	10.000

- (3) Im Fall von fahrlässigem Handeln kann im Höchstmaß eine Vertragsstrafe mit der Hälfte des jeweils für vorsätzliches Handeln angedrohten Höchstbetrags gefordert werden.
- (4) Für jeden Pflichtverstoß kann im Rahmen der jeweiligen Einbeziehung in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board insgesamt nur eine Vertragsstrafe von dem Antragstellenden Emittenten gefordert werden.
- (5) Die Bestimmung der konkreten Vertragsstrafe gemäß Abs. 2 ist insbesondere von folgenden Faktoren abhängig:
- der Dauer der Pflichtverletzung und
 - von der wirtschaftlichen Lage des Emittenten, gemessen an seiner Marktkapitalisierung.

§ 24 Veröffentlichung der Verhängung einer Vertragsstrafe

Die DBAG ist berechtigt, eine gemäß § 23 verhängte Vertragsstrafe unter Nennung des Emittenten und des konkreten Pflichtverstoßes gemäß § 40 Abs. 3 zu veröffentlichen.

§ 25 Pflichten des betreuenden Capital Market Partner

- (1) Betreuender Capital Market Partner kann sein
- a) ein Kreditinstitut, Finanzdienstleistungsinstitut oder ein nach § 53 Abs. 1 Satz 1 des KWG oder § 53 b Abs. 1 Satz 1 KWG tätiges Unternehmen oder
 - b) ein Unternehmen, das insbesondere in den Bereichen Rechtsberatung oder Wirtschaftsprüfung tätig ist

und von der DBAG als Capital Market Partner anerkannt wurde. Eine Liste der von der DBAG anerkannten Capital Market Partner ist im Internet unter <https://www.cashmarket.deutsche-boerse.com> abrufbar.

- (2) Der betreuende Capital Market Partner hat ab dem Zeitpunkt der Einbeziehung sowie für die ersten beiden vollen Kalenderjahre nach der Einbeziehung in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board folgende Pflichten zu erfüllen:
- a) Benennung von Ansprechpartnern

Der betreuende Capital Market Partner hat der DBAG spätestens im Zeitpunkt der Antragstellung mindestens zwei Personen aus seinem Unternehmen und deren Kontaktdaten zu benennen, die der DBAG als Ansprechpartner im Rahmen dieser Einbeziehung zur Verfügung stehen.
 - b) Nachweis über die Unterstützung und Beratung während der Einbeziehung

Der betreuende Capital Market Partner hat der DBAG mindestens einmal im Kalenderjahr nachzuweisen, dass er ein Informationsgespräch mit dem Emittenten gemäß Anlage 1 unter Berücksichtigung der dort genannten Mindestinhalte durchgeführt hat. Ein hierüber zu erstellendes Gesprächsprotokoll ist vom betreuenden Capital Market Partner nach Durchführung des Informationsgesprächs per E-Mail an rule-enforcement@deutsche-boerse.com zu übermitteln. Die DBAG ist berechtigt, weitere Nachweise vom betreuenden Capital Market Partner über seine erbrachten Unterstützungs- und Beratungsleistungen gemäß Anlage 1 II. zu fordern.
 - c) Mitteilung und Übermittlung von Informationen

Der betreuende Capital Market Partner muss die DBAG unverzüglich informieren, wenn

 - aa) er Kenntnis davon erlangt, dass Voraussetzungen für die Einbeziehung in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board von Anfang an nicht vorgelegen haben,

- bb) er Kenntnis davon erlangt oder Anhaltspunkte dafür hat, dass eine ordnungsgemäße Vertretung oder Erreichbarkeit des Emittenten nicht mehr gesichert ist,
 - cc) sich der vom betreuenden Capital Market Partner benannte Ansprechpartner für die Einbeziehung gemäß Abs. 2 lit. a) oder dessen Kontaktdaten geändert haben; in diesem Fall hat der betreuende Capital Market Partner eine E-Mail unter Angabe eines neuen Ansprechpartners und/oder dessen neue Kontaktdaten unverzüglich an rule-enforcement@deutsche-boerse.com zu übermitteln,
 - dd) der Vertrag zwischen dem Emittenten und dem betreuenden Capital Market Partner von einer der beiden Parteien beendet wurde; in diesem Fall hat der betreuende Capital Market Partner eine E-Mail mit Informationen zu dem Datum der Kündigungserklärung, dem Datum der Beendigung des Vertrages und dem Kündigungsgrund unverzüglich an rule-enforcement@deutsche-boerse.com zu übermitteln.
- (3) Sofern sich der betreuende Capital Market Partner bei der Erfüllung von seinen Pflichten nach diesen Geschäftsbedingungen eines Dritten bedient, ist er verpflichtet, den Dritten aus dem Kreis der Capital Market Partner auszuwählen.

§ 26 Information der DBAG an Emittenten über Kündigung des betreuenden Capital Market Partner Vertrages

- (1) Kündigt die DBAG den Vertrag mit dem betreuenden Capital Market Partner aus wichtigem Grund fristlos, informiert die DBAG den- oder diejenigen Emittenten über die erfolgte Kündigung, die zu diesem Zeitpunkt von dem gekündigten Capital Market Partner betreut werden.
- (2) Die Beendigung der Anerkennung als Capital Market Partner wird gemäß § 40 Abs. 3 veröffentlicht.

§ 27 Kündigung der Einbeziehung in Scale

- (1) Die DBAG kann die Einbeziehung von Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten in Scale mit einer Frist von drei Monaten kündigen. Die Kündigung der Einbeziehung in Scale lässt die Einbeziehung in das Basic Board im Übrigen unberührt.
- (2) Das Recht der DBAG zur fristlosen Kündigung der Einbeziehung von Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten in Scale aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein

wichtiger Grund liegt vor, wenn der DBAG auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Antragstellenden Emittenten die Fortsetzung der Einbeziehung in Scale unzumutbar ist. Ein wichtiger Grund gemäß Satz 1 liegt insbesondere vor, wenn

- a) über das Vermögen des Emittenten ein Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels Masse abgewiesen wurde,
 - b) ein sonstiger Auflösungsgrund beim Emittenten eingetreten ist,
 - c) der Emittent eine Pflicht in Bezug auf den Jahresabschluss und Lagebericht gemäß § 21 Abs. 1 lit. a), den Halbjahresabschluss und Zwischenlagebericht gemäß § 21 Abs. 1 lit. b), oder die Finanzanalyse gemäß § 21 Abs. 1 lit. c) auch nach Ablauf einer angemessenen Nachfrist nicht oder nicht vollständig erfüllt hat; der Kündigungsgrund besteht unabhängig davon, ob der Emittent den Pflichtverstoß zu vertreten hat,
 - d) der Emittent entgegen § 21 Abs. 1 lit. g) ee) der DBAG auch nach Ablauf einer angemessenen Nachfrist keine Ansprechpartner für die Einbeziehungsfolgepflichten des Emittenten benannt hat; der Kündigungsgrund besteht unabhängig davon, ob der Emittent den Pflichtverstoß zu vertreten hat,
 - e) der Emittent entgegen § 21 Abs.1 lit. f) nicht innerhalb von einem Monat nach Beendigung seines Vertrages mit einem betreuenden Capital Market Partner und auch nicht nach Ablauf einer angemessenen Nachfrist einen neuen Vertrag mit einem betreuenden Capital Market Partner abgeschlossen und an die DBAG übermittelt hat; der Kündigungsgrund besteht unabhängig davon, ob der Emittent den Pflichtverstoß zu vertreten hat.
- (2a) Der Emittent kann die Einbeziehung von Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten in Scale gemäß § 48a Absatz 1b BörsG nur unter den Voraussetzungen des § 39 Absatz 2 bis 6 BörsG kündigen, sofern er nicht die Zulassung dieser Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten zum Handel im regulierten Markt beantragt. Sofern der Emittent die Zulassung dieser Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikate zum Handel im regulierten Markt beantragt, wird seine Kündigung der Einbeziehung der Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikate in dem Zeitpunkt wirksam, in dem deren Zulassung zum Handel im regulierten Markt wirksam wird.
- (3) Nach Beendigung der Einbeziehung in Scale gemäß Abs. 1, Abs. 2 oder Abs. 2a besteht die Einbeziehung der Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikate in das Basic Board mit der Maßgabe fort, dass Emittenten von Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten die Einbeziehungsfolgepflichten gemäß § 28 zu erfüllen haben. Unberührt bleibt ferner die Verpflichtung zur Bezahlung bereits fälliger Entgelte gemäß § 43.

- (4) Das Recht der DBAG und des Antragstellenden Emittenten zur Kündigung der Einbeziehung von Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten in das Basic Board gemäß § 30 bleibt unberührt.
- (5) Der Emittent kann frühestens nach Ablauf eines halben Jahres nach Ausscheiden aus Scale einen Antrag auf Wiedereinbeziehung in Scale stellen. Für den Antrag auf Wiedereinbeziehung in Scale gelten die §§ 7, 8 und 9 entsprechend. Die Wiedereinbeziehung in Scale in den Fällen des Abs. 2 setzt voraus, dass
- a) der Emittent nachweist, dass der wichtige Grund gemäß Abs. 2 weggefallen ist, insbesondere die Umstände in den Fällen von Abs. 2 lit. a) oder b) nicht mehr vorliegen bzw. die Pflichten in den Fällen von Abs. 2 lit. c) d) oder e) nacherfüllt wurden und
 - b) der DBAG keine Umstände bekannt sind, wonach der Emittent die Pflichten des Scale nicht ordnungsgemäß erfüllen wird;

die Einbeziehungsvoraussetzungen gemäß §§ 17 und 18 finden keine Anwendung. Die Wiedereinbeziehung in Scale erfolgt jeweils zum ersten Handelstag nach dem nächsten Jahres- oder Halbjahresbeginn, der auf die Einbeziehungsentscheidung der DBAG folgt.

§ 28 Einbeziehungsfolgepflichten im Basic Board

Ein Emittent, dessen Aktien oder Aktien vertretende Zertifikate in das Basic Board einbezogen sind, muss die Einbeziehungsfolgepflichten entsprechend § 21 Abs. 1 nur in Bezug auf den Jahresabschluss und Lagebericht, den Halbjahresabschluss und Zwischenlagebericht sowie die Mitteilung von Veränderungen erfüllen. § 21 Abs. 1 lit. c) bis f) und lit. g) cc), dd) findet in diesem Fall keine Anwendung.

§ 29 Vertragsstrafe bei Verletzung der Einbeziehungsfolgepflichten im Basic Board

- (1) Erfüllt der Emittent entgegen § 28 seine Pflichten hinsichtlich
- a) des Jahresabschlusses und Lageberichts,
 - b) des Halbjahresabschlusses und Zwischenlageberichts oder
 - c) der Mitteilung von Veränderungen

nicht oder nicht fristgerecht oder nicht vollständig, ist die DBAG berechtigt, eine Vertragsstrafe von dem Emittenten zu fordern, es sei denn, dieser hat den Pflichtverstoß nicht zu vertreten.

- (2) Bei vorsätzlichem Handeln kann die Vertragsstrafe betragen:

im Fall ...	bis zu EUR
des Jahresabschlusses und Lageberichts	400.000
des Halbjahresabschlusses und Zwischenlageberichts	200.000
der Mitteilung von Veränderungen	10.000

- (3) § 23 Abs. 3 bis Abs. 5 und § 24 gelten entsprechend.

§ 30 Kündigung der Einbeziehung in das Basic Board; Einstellung des Handels

- (1) Die DBAG und der Antragstellende Emittent, dessen Aktien oder Aktien vertretende Zertifikate ausschließlich in das Basic Board einbezogen sind, können die Einbeziehung von Aktien und Aktien vertretenden Zertifikaten in das Basic Board mit einer Frist von drei Monaten kündigen.
- (2) Das Recht zur fristlosen Kündigung der Einbeziehung von Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten in das Basic Board aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
- (3) Mit Ablauf der Kündigungsfrist gemäß Abs. 1 oder mit Wirksamkeit der Kündigung gemäß Abs. 2 kann der Handel von Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten, deren Einbeziehung gekündigt wurde, in dem Basic Board eingestellt werden. Sämtliche Rechte und Pflichten des Antragstellenden Emittenten im Zusammenhang mit der Einbeziehung in das Basic Board entfallen mit Ablauf der Kündigungsfrist gemäß Abs. 1 oder mit Wirksamkeit der Kündigung gemäß Abs. 2; hiervon unberührt bleibt die Verpflichtung zur Bezahlung bereits fälliger Entgelte gemäß § 43. Die Einstellung des Handels wird von der Geschäftsführung der FWB auf den Internetseiten der FWB unter <https://www.cashmarket.deutsche-boerse.com> bekannt gemacht.

§ 31 Einbeziehung bei Rechtsformwechsel des Antragstellenden Emittenten

- (1) Im Falle eines Rechtsformwechsels des Antragstellenden Emittenten, der die Rechte der Aktionäre nicht wesentlich verändert, insbesondere ein Rechtsformwechsel von einer Kommanditgesellschaft auf Aktien in eine Aktiengesellschaft oder in eine Societas Europaea, erstreckt sich die Einbeziehung auch auf die Aktien des Antragstellenden Emittenten in der geänderten Rechtsform.

- (2) Der Antragstellende Emittent übermittelt der DBAG zur Erfüllung der in § 21 Abs. 1 g) genannten Verpflichtungen einen aktuellen Handelsregisterauszug sowie den Umwandlungsbericht oder ein vergleichbares Dokument, sofern ein solches verfügbar ist. Der DBAG bleibt es vorbehalten weitere Dokumente zum Nachweis des Rechtsformwechsels zu verlangen.
- (3) Der Rechtsformwechsel wird von der DBAG gemäß § 40 Abs. 3 veröffentlicht.

VI. Abschnitt: Besondere Bestimmungen zur Einbeziehung von Strukturierten Produkten

§ 32 Antragsberechtigter; Einbeziehung

- (1) Die Einbeziehung von Strukturierten Produkten in den Handel im Open Market kann von allen gemäß § 5 Abs. 1 zur Teilnahme am Handel im Open Market berechtigten Unternehmen beantragt werden.
- (2) Zusätzlich zu § 8 sind in dem Einbeziehungsantrag die Art der einzubeziehenden Strukturierten Produkte, die bevorzugte Handelswährung und Abwicklungswährung anzugeben.
- (3) Abweichend von § 38 Abs. 2 des Börsengesetzes (im Folgenden „BörsG“) dürfen Strukturierte Produkte, die zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt werden, bereits vor Beendigung der Zuteilung an die Zeichner in den Open Market einbezogen werden.

§ 33 Zusätzliche Einbeziehungsvoraussetzungen für Strukturierte Produkte

- (1) Die Einbeziehung von Strukturierten Produkten in den Open Market setzt zusätzlich voraus, dass
 - a) sie entweder bereits zum Handel an einem in- oder ausländischen börsenmäßigen Handelsplatz, an dem Wertpapiere erworben und veräußert werden können, zugelassen sind oder ein für sie erstellter Prospekt vorliegt, der von einer von der DBAG anerkannten in- oder ausländischen Behörde gebilligt worden ist. Der Prospekt darf nicht älter als zwölf Monate sein und muss entweder in deutscher oder englischer Sprache abgefasst sein oder über eine deutsche oder englische Zusammenfassung verfügen,
 - b) der in dem Einbeziehungsantrag benannte Quote-Verpflichtete mindestens einen Börsenhändler im elektronischen Handelssystem in der Subgroup „QPR“ aufgesetzt hat.

Liegen die Voraussetzungen von lit. a) nicht vor, hat der Teilnehmer ein Exposé zu erstellen, das nähere Angaben über das Strukturierte Produkt und den Emittenten enthält. Die einzelnen Angaben des Exposés werden von der DBAG festgelegt. Vorbehaltlich gesetzlicher Auskunft- und Herausgabepflichten ist die DBAG nicht berechtigt, das Exposé zu veröffentlichen oder an Dritte weiterzugeben.

- (2) Die Einbeziehung von unbesicherten Strukturierten Produkten in der Handels- und Abwicklungswährung Singapur-Dollar (SGD), Australische Dollar (AUD), Neuseeland-Dollar (NZD), Chinesische Yuan (CNY) oder Hong Kong Dollar (HKD) setzt zusätzlich zu den unter Absatz 1 genannten Voraussetzungen voraus:
- a) Der Emittent muss eine langfristige Bonitätsbeurteilung („Long-Term Credit Rating“) besitzen, die bei der Ratingagentur „The McGraw-Hill Companies“ unter der „Marke Standard & Poor’s Rating Services“ mindestens der Stufe „A-“ entspricht, bei der Ratingagentur „Moody’s Investors Service“ mindestens der Stufe „A3“ oder bei der Ratingagentur „Fitch Ratings“ mindestens der Stufe „A-“, es sei denn, der Emittent ist ein von einer von der DBAG anerkannten Aufsichtsbehörde zugelassenes Kreditinstitut oder Finanzdienstleistungsinstitut.
 - b) Das Eigenkapital des Emittenten muss mindestens EUR 250.000.000 betragen.
 - c) Der antragstellende Teilnehmer muss ein Termsheet, das die Ausstattungsmerkmale, Funktionsweise und Rückzahlungsansprüche des Strukturierten Produkts näher beschreibt, einreichen. Die einzelnen Anforderungen an das Termsheet können von der DBAG vorgegeben werden.
 - d) Der antragstellende Teilnehmer ist verpflichtet, für Rückfragen eine Telefonnummer anzugeben. Die DBAG ist berechtigt, die angegebene Telefonnummer auf der Homepage <https://live.deutsche-boerse.com/zertifikate> zu veröffentlichen.
 - e) Bei Strukturierten Produkten, deren Basiswert eine Aktie ist, sollen die Aktien an einem organisierten Markt oder einem entsprechenden Markt in einem Drittstaat gehandelt werden und zum Zeitpunkt der Antragsstellung einen Streubesitz (Freefloat) von mindestens EUR 500.000.000 aufweisen oder einen entsprechenden Gegenwert in einer anderen Währung.
 - f) Die Restlaufzeit der Strukturierten Produkte soll zum Zeitpunkt der Emission nicht weniger als 30 Tage betragen.

Liegen die Voraussetzungen nach lit. a) oder b) nicht vor, hat der antragstellende Teilnehmer eine Vereinbarung mit einer anderen juristischen Person, die die Anforderungen nach lit. a) und b) erfüllt („Garantiegeber“), bei der DBAG vorzulegen, in der der Garantiegeber die Erfüllung sämtlicher Pflichten des Emittenten aus dem unbesicherten Strukturierten Produkt unbedingt und unwiderruflich garantiert oder in sonstiger Weise absichert.

- (3) Die Einbeziehung von besicherten Strukturierten Produkten in der Handels- und Abwicklungswährung SGD, AUD, NZD, CNY oder HKD setzt zusätzlich zu den in Absatz 1 genannten Voraussetzungen voraus, dass die Bedingungen gemäß Absatz 2 lit. c) bis f) erfüllt sind.
- (4) Die DBAG ist berechtigt, im Einzelfall weitere Einbeziehungsvoraussetzungen festzulegen.

§ 34 Mitteilungspflichten des antragstellenden Teilnehmers

Der antragstellende Teilnehmer ist verpflichtet, Börse Frankfurt Zertifikate AG während der gesamten Dauer der Einbeziehung unverzüglich über alle Umstände zu unterrichten, die für die Beurteilung des einbezogenen Strukturierten Produkts, des Garantiegebers und des Emittenten wesentlich sind. Der Unterrichtungspflicht nach Satz 1 unterliegen nur solche Umstände, von denen der Teilnehmer tatsächliche Kenntnis hat oder von denen er sich über allgemein zugängliche Informationsquellen in zumutbarer Art und Weise Kenntnis verschaffen kann.

§ 35 Folgepflichten des antragstellenden Teilnehmers

Der antragstellende Teilnehmer von unbesicherten und besicherten Strukturierten Produkten in der Handels- und Abwicklungswährung SGD, AUD, NZD, CNY oder HKD ist verpflichtet, der DBAG spätestens neun Monate nach Ende des Geschäftsjahres den Jahresfinanzbericht des Emittenten oder des Garantiegebers einzureichen sowie einmal im Kalenderjahr den aktuellen Basisprospekt, sofern das Strukturierte Produkt unter einem Basisprospekt emittiert wurde.

§ 36 Kündigung der Einbeziehung; Einstellung des Handels

- (1) Die Parteien können die Einbeziehung eines Strukturierten Produkts mit einer Frist von sechs Wochen kündigen.
- (2) Das Recht der Parteien zur fristlosen Kündigung der Einbeziehung eines Strukturierten Produkts aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Die DBAG ist zu einer fristlosen Kündigung der Einbeziehung insbesondere berechtigt, wenn die Voraussetzungen der Einbeziehung nachträglich weggefallen sind oder die Ordnungsmäßigkeit des Handels oder der Geschäftsabwicklung gefährdet ist oder eine Übervorteilung des Publikums droht. Maßnahmen zur Aussetzung des Handels bleiben unberührt.
- (3) Mit Ablauf der Kündigungsfrist gemäß Absatz 1 oder mit Wirksamkeit der Kündigung gemäß Absatz 2 kann der Handel von Strukturierten Produkten, deren Einbeziehung gekündigt wurde, im Open Market eingestellt werden. Sämtliche Rechte und Pflichten des Teilnehmers entfallen mit Ablauf der Kündigungsfrist oder

mit Wirksamkeit der Kündigung; hiervon unberührt bleibt die Verpflichtung zur Zahlung bereits fälliger Entgelte gemäß § 43. Die Einstellung des Handels wird von der Geschäftsführung der FWB bekannt gemacht, abrufbar auf den Internetseiten der FWB, unter <https://www.cashmarket.deutsche-boerse.com>.

VII. Abschnitt: Bestimmungen zur Organisation des Handels

§ 37 Designated Sponsors

- (1) Die DBAG legt die Wertpapiere fest, für die im Open Market ein Designated Sponsoring durchgeführt wird. Sie beauftragt jeweils auf der Grundlage eines schriftlichen Vertrages für diese Wertpapiere Teilnehmer gemäß § 5 Abs. 1 mit der Übernahme der Aufgaben als Designated Sponsor entsprechend § 82 BörsO i.V.m. § 3 Abs. 1 Satz 1 HandelsO. § 81 Abs. 2 Satz 3 und 4, Abs. 4 und 5 BörsO gelten entsprechend. Die Designated Sponsors übernehmen die Aufgaben für die in den Vertrag einbezogenen Wertpapiere.
- (2) Die DBAG erfasst und dokumentiert, ob und in welchem Umfang die Designated Sponsors ihre Aufgaben entsprechend der HandelsO erfüllen. Sie kann die entsprechenden Daten auf ihrer Internetseite unter <https://www.cashmarket.deutsche-boerse.com> veröffentlichen, soweit dies zur Unterrichtung der Handelsteilnehmer erforderlich ist. Die DBAG kann die Tätigkeit von Designated Sponsors ganz oder teilweise untersagen, soweit die Voraussetzungen für ihre Beauftragung nicht vorgelegen haben oder nachträglich weggefallen sind oder die Designated Sponsors ihre Aufgaben entsprechend der HandelsO nicht ordnungsgemäß erfüllen.

§ 38 Spezialisten

- (1) Für jedes Wertpapier, das im Open Market im Handelsmodell der Fortlaufenden Auktion mit Spezialist gehandelt wird, beauftragt die DBAG jeweils auf der Grundlage eines schriftlichen Vertrags Teilnehmer gemäß § 5 Abs. 1 mit der Wahrnehmung der Spezialistenaufgaben entsprechend den Vorgaben der HandelsO.
- (2) Die Spezialisten übernehmen die Aufgaben gemäß Abs. 1 für die in den Vertrag einbezogenen Wertpapiere. Soweit es zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Börsenhandels erforderlich ist, sind die Spezialisten auf Verlangen der DBAG verpflichtet, diese Aufgaben für zusätzliche Wertpapiere zu übernehmen. Ein Anspruch auf Übernahme der Aufgaben für bestimmte Wertpapiere besteht nicht.
- (3) Die DBAG erfasst und dokumentiert, ob und in welchem Umfang die Spezialisten ihre Aufgaben entsprechend der HandelsO erfüllen. Sie kann die entsprechenden

Daten auf ihrer Internetseite unter <https://www.cashmarket.deutsche-boerse.com> veröffentlichen, soweit dies zur Unterrichtung der Handelsteilnehmer erforderlich ist. Die DBAG kann die Tätigkeit von Spezialisten ganz oder teilweise untersagen, soweit die Voraussetzungen für ihre Beauftragung nicht vorgelegen haben oder nachträglich weggefallen sind oder Spezialisten ihre Aufgaben entsprechend der HandelsO nicht ordnungsgemäß erfüllen.

VIII. Abschnitt: Schlussbestimmungen

§ 39 Anwendbares Recht; Gerichtsstand

- (1) Alle Geschäftsbeziehungen nach diesen Geschäftsbedingungen unterliegen ausschließlich deutschem Recht.
- (2) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Geschäftsbedingungen ist Frankfurt am Main.

§ 40 Veröffentlichungen der DBAG

- (1) Die DBAG veröffentlicht
 - a) die gemäß § 17 Abs. 3 lit. b) und § 18 lit. c) übermittelten Dokumente, mit Ausnahme der gemäß § 17 Abs. 3 lit. b) Alt. 2 lit. bb) übermittelten Dokumente,
 - b) die gemäß § 21 Abs. 1 lit. a) – b) übermittelten Unterlagen und
 - c) die in Art. 7 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 definierten Informationen, die vom Emittenten öffentlich bekannt gegeben wurden,

für die Dauer von mindestens fünf Jahren auf ihrer Internetseite <https://www.cashmarket.deutsche-boerse.com> und stellt sie dem Publikum zur Verfügung.
- (2) Im Übrigen ist die DBAG berechtigt, die sonstigen ihr gemäß den §§ 8 Abs. 3, 17 und 18 sowie § 21 übermittelten Unterlagen für die Dauer von mindestens fünf Jahren zu veröffentlichen und dem Publikum zur Verfügung zu stellen.
- (3) Soweit nichts anderes bestimmt ist, erfolgen Veröffentlichungen der DBAG gemäß diesen Geschäftsbedingungen auf ihrer Internetseite unter <https://www.cashmarket.deutsche-boerse.com> oder mittels anderer elektronischer Medien für die Dauer von mindestens drei Handelstagen.

§ 41 Haftung der DBAG; Mitverschulden

- (1) Die DBAG haftet für Schäden, die sie durch Verletzung einer der DBAG nach diesen Geschäftsbedingungen obliegenden wesentlichen Vertragspflicht schuldhaft verursacht hat. Jedoch ist die Haftung der DBAG bei einfacher Fahrlässigkeit der Höhe nach auf den vorhersehbaren vertragstypischen Schaden begrenzt. Im Übrigen ist die Haftung der DBAG ausgeschlossen, sofern die DBAG den Schaden nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht hat. Unberührt bleibt ferner die zwingend gesetzliche Haftung, insbesondere bei schuldhafter Verletzung des Lebens, des Körpers und der Gesundheit.
- (2) Die DBAG haftet nicht für die inhaltliche Richtigkeit, Verfügbarkeit und Aktualität der gemäß diesen Geschäftsbedingungen erhaltenen Informationen. Die DBAG haftet insbesondere nicht für die Bonität der Emittenten der in den Open Market einbezogenen Wertpapiere.
- (3) Die DBAG weist auf Ihrer Internetseite unter <https://www.live.deutsche-boerse.com> auf Research Reports und Research Updates hin, die ein unabhängiger Research Provider eigenverantwortlich (ohne begleitende oder nachträgliche, formelle oder inhaltliche Kontrolle durch die DBAG) erstellt und für die der Emittent zur Erfüllung seiner Verpflichtung nach § 17 Abs. 1 lit. e) und § 21 Abs. 1 lit. c) Informationen zur Verfügung gestellt hat. Die DBAG haftet nicht für die inhaltliche Richtigkeit, Verfügbarkeit, Widerspruchsfreiheit, Vollständigkeit und Aktualität der Research Reports und der Research Updates. Eine Verpflichtung der DBAG, solche Research Reports und Research Updates zur Verfügung zu stellen, besteht nicht.
- (4) Hat der Teilnehmer, der Antragstellende Emittent oder der Antragstellende oder betreuende Capital Market Partner durch ein schuldhaftes Verhalten, insbesondere durch Verstoß gegen Pflichten gemäß diesen Geschäftsbedingungen, zur Entstehung des Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang die DBAG und der Teilnehmer, der Antragstellende Emittent oder der Antragstellende oder betreuende Capital Market Partner (im Folgenden und/oder gemeinsam „Parteien“) den Schaden zu tragen haben.
- (5) Die DBAG haftet nicht für Schäden, die infolge von höherer Gewalt, Aufruhr, Kriegs- oder Naturereignissen oder infolge von sonstigen von ihr nicht zu vertretende Vorkommnissen (z. B. Streik, Aussperrung, Verkehrsstörung, Verfügungen von Hoheitsträgern) eintreten oder auf nicht schuldhaft verursachte technische Probleme zurückzuführen sind.

§ 42 Datenschutz

- (1) Zur Erfüllung ihrer Aufgabe, die Ordnungsmäßigkeit des Handels und der Geschäftsabwicklung zu überwachen, zeichnet die DBAG auf den durch Rundschreiben bekannt gemachten Telefonverbindungen eingehende und

ausgehende Telefonate auf. Die Aufzeichnungen werden spätestens nach Ablauf von zehn Jahren gelöscht.

- (2) Gemäß Abs. 1 erhobene Daten, deren Geheimhaltung im Interesse der Teilnehmer, Antragstellenden Emittenten, Antragstellenden oder betreuenden Capital Market Partner (im Folgenden einzeln und/oder gemeinsam „Parteien“) oder eines Dritten liegt, insbesondere personenbezogene Daten sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, werden ausschließlich zu dem in Abs. 1 genannten Zweck und nur dann verwendet, wenn die Aufklärung dafür relevanter Sachverhalte durch andere Erkenntnis- und Beweismittel nicht oder nicht zumutbar möglich ist. In den Fällen des Satz 1 können erhobene Daten an die in § 10 Abs. 1 Satz 3 BörsG genannten Stellen weitergegeben werden, soweit die Kenntnis dieser Daten für diese Stellen zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.
- (3) Die Parteien verpflichten sich, während und nach der Laufzeit ihrer Geschäftsbeziehung Informationen die ihnen von der jeweils anderen Partei, deren verbundenen Unternehmen, Beratern oder in deren Auftrag von sonstigen Dritten im Zusammenhang mit ihrer Geschäftsbeziehung zugänglich gemacht wurden oder zur Kenntnis gelangt sind, geheim zu halten und gegen unbefugten Zugriff zu sichern.
- (4) Jede Partei legt die von ihr eingegangenen Verpflichtungen zur Geheimhaltung auch allen Personen oder Gesellschaften auf, die von ihr mit Leistungen aus diesen Geschäftsbedingungen betraut werden. Die Parteien sind berechtigt, die Informationen den mit Ihnen im Sinne von § 15 Aktiengesetz (im Folgenden „AktG“) verbundenen Unternehmen sowie ihren Dienstleistern offen zu legen, soweit dies betrieblich notwendig ist und die Empfänger der Information zur strikten Wahrung der Vertraulichkeit der Informationen verpflichtet sind. Jede Partei ist berechtigt, Informationen Dritten, insbesondere öffentlichen Stellen, offenzulegen soweit diese Offenlegung auf Grund geltenden Rechts oder Verfügung von Hoher Hand erforderlich ist. Die Offenlegung ist der anderen Partei vorab schriftlich mitzuteilen; soweit dies rechtlich nicht zulässig ist, erfolgt die Mitteilung unverzüglich nach Entfallen des Hinderungsgrundes. § 10 BörsG bleibt hiervon unberührt.
- (5) Von der Geheimhaltungsverpflichtung ausgeschlossen sind Informationen,
 - die öffentlich zugänglich sind und der empfangenden Partei zum Zeitpunkt des Erhalts bereits bekannt waren oder später von der weitergebenden Partei veröffentlicht wurden, oder
 - die unabhängig und selbständig von der empfangenden Partei entwickelt wurden, ohne gleichartige Informationen der anderen Partei gekannt oder verwendet zu haben, oder
 - die der empfangenden Partei von einem Dritten offengelegt wurden, der nach Kenntnisstand der empfangenden Partei zu der Offenlegung berechtigt ist und keiner Geheimhaltungsverpflichtung unterliegt, oder

- die nach diesen Geschäftsbedingungen veröffentlicht werden dürfen.

Mit der DBAG gemäß § 15 AktG verbundene Unternehmen sind ausschließlich berechtigt, die Informationen zu erfassen, verarbeiten und nutzen, sofern

- a) diese zur Geheimhaltung der Informationen verpflichtet sind,
- b) dies zur Vertragsdurchführung, zur Analyse oder Verbesserung der Qualität ihrer Leistungen oder ihres Leistungsportfolios oder zur Kundeninformation erfolgt und
- c) diese Informationen personenbezogene Daten sind, die Unternehmen, an die diese personenbezogenen Daten übermittelt werden, ihren Sitz in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum haben oder die Einhaltung eines angemessenen Datenschutzniveaus gewährleisten und das Datengeheimnis gemäß § 53 Bundesdatenschutzgesetz gewahrt bleibt.

§ 43 Entgelte

- (1) Für die Einbeziehung und den Handel (im Folgenden „Notierung“) von Wertpapieren sind Entgelte zu entrichten. Die Höhe der Entgelte bestimmt sich nach dem Entgeltverzeichnis, das Bestandteil dieser Geschäftsbedingungen ist.
- (2) Das Einbeziehungsentgelt für die Einbeziehung in das Quotation Board sowie für die Einbeziehung Strukturierter Produkte ist vom Antragstellenden Teilnehmer zu entrichten. In Scale ist das Einbeziehungsentgelt gesamtschuldnerisch vom Antragstellenden Emittenten und dem Antragstellenden Capital Market Partner zu entrichten.
- (3) Für die Bestimmung des variablen Einbeziehungsentgelts gemäß Entgeltverzeichnis I. Ziffer 2 wird die Marktkapitalisierung anhand der Anzahl der einbezogenen Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikate multipliziert mit dem ersten Preis (Eröffnungspreis) am ersten Handelstag berechnet.
- (4) Für den Fall, dass
 - der Einbeziehungsantrag zurückgenommen wird oder
 - das Einbeziehungsverfahren vor einer Einbeziehungsentscheidung aus Gründen, die der Antragsberechtigte zu vertreten hat, von der DBAG beendet wird,

kann die DBAG ein Einbeziehungsentgelt verlangen, dessen Höhe die DBAG im Einzelfall unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere des Umfangs der von der DBAG geleisteten Prüfungstätigkeit festlegt. Das Einbeziehungsentgelt nach Satz 1 darf die Hälfte des Entgelts nach dem Entgeltverzeichnis nicht übersteigen.

- (5) Das Notierungsentgelt in Scale und im Basic Board ist vom Antragstellenden Emittenten zu entrichten. Bei Emittenten mit mehreren einbezogenen Aktiengattungen muss das Notierungsentgelt gemäß Entgeltverzeichnis II. Ziffer 2 nur einmal gezahlt werden.
- (6) Die Pflicht zur Zahlung des Notierungsentgelts gemäß II. des Entgeltverzeichnisses entsteht erstmals in dem Kalendervierteljahr, in dem die Notierung erstmalig aufgenommen wird. Die Pflicht zur Zahlung des Notierungsentgelts endet nach Ablauf des Kalendervierteljahres, in dem gemäß § 14 Abs. 1 oder 2, § 27 Abs. 1, 2 oder Abs. 2a oder § 30 Abs. 1 oder 2 die Kündigungsfrist abläuft oder die Kündigung wirksam wird. Eine anteilige Erstattung von Notierungsentgelten findet nicht statt.
- (7) Unabhängig von den Entgelten gemäß dem Entgeltverzeichnis wird für jeden Antrag auf Aufhebung eines Geschäfts (Mistrade-Antrag), von dem Antragsteller ein Entgelt in Höhe von EUR 500 erhoben. Werden mehrere Mistrade-Anträge gestellt, mit denen die Aufhebung von Geschäften beantragt wird, die aufgrund von Teilausführungen derselben Order oder desselben verbindlichen Quotes des Antragstellers zustande gekommen sind, fällt das Entgelt von EUR 500 nur einmal an.
- (8) Abweichend von Absatz 7 wird für jeden Antrag auf Aufhebung eines Geschäfts (Mistrade-Antrag), das mittels der TES-Orderfunktionalität für den Off-Book-Handel zustande gekommen ist, ein Entgelt in Höhe von EUR 100 von jedem an dem Geschäft beteiligten Handelsteilnehmer erhoben.
- (9) Werden für Strukturierte Produkte gleichzeitig mehrere Mistrade-Anträge schriftlich, per Telefax oder in elektronischer Form gestellt oder werden, bei vorheriger telefonischer Antragstellung, die erforderlichen Angaben für mehrere Mistrade-Anträge gleichzeitig schriftlich, per Telefax oder in elektronischer Form nachgereicht,
1. fällt das Entgelt von EUR 500 nur einmal an, wenn sich die Mistrade-Anträge auf Geschäfte in demselben strukturierten Produkt beziehen;
 2. wird ein Entgelt von insgesamt EUR 1.000 erhoben, wenn sich die Mistrade-Anträge auf Geschäfte in strukturierten Produkten beziehen, die zu demselben Produkttyp gehören und denselben Basiswert haben.
- (10) Die zu entrichtenden Entgelte werden mit Rechnungsstellung durch die DBAG fällig.

§ 44 Änderungen der Geschäftsbedingungen

- (1) Änderungen dieser Geschäftsbedingungen werden den Teilnehmern, den Antragstellenden Emittenten und den betreuenden Capital Market Partnern spätestens drei Wochen vor dem Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens schriftlich oder

elektronisch angeboten. Sie gelten als genehmigt, wenn der Teilnehmer, der Antragstellende Emittent oder der betreuende Capital Market Partner eine Ablehnung nicht vor dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens schriftlich oder elektronisch anzeigt. Auf diese Genehmigungswirkung wird die DBAG in ihrem Angebot besonders hinweisen.

- (2) Im Fall einer Ablehnung der Änderung kann die DBAG die Geschäftsbeziehung mit dem Teilnehmer, dem Antragstellenden Emittenten oder dem betreuenden Capital Market Partner mit einer Frist von sechs Wochen kündigen. Kündigungen aus wichtigem Grund bleiben unberührt.

IX. Abschnitt: Übergangsbestimmungen

§ 45 Übergangsbestimmungen

- (1) Der neu eingefügte § 8 Absatz 6 Satz 2 gilt für alle gestellten Anträge auf Einbeziehung für Nichtaktien im Quotation Board ab dem 12. Juni 2026.
- (2) Für Fälle, in denen ein Emittent die Einbeziehung von Wertpapieren zum Handel in Scale bis einschließlich zum 9. Januar 2030 kündigt, gilt § 31 des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes gemäß § 54 Satz 1 BörsG mit der Maßgabe, dass § 5 Absatz 3 der WpÜG-Angebotsverordnung keine Anwendung findet. Auf Fälle, in denen die Kündigung nach dem 9. Januar 2030 erfolgt, findet § 5 Absatz 3 der WpÜG-Angebotsverordnung gemäß § 54 Satz 1 BörsG Anwendung.

Entgeltverzeichnis

I. Einbeziehungsentgelt

1. Das Entgelt für die Einbeziehung in das Quotation Board beträgt
 - a) für Aktien und Aktien vertretende Zertifikate einer Gattung EUR 750
 - b) für Fondsanteile EUR 50
 - c) für Anleihen und sonstige Wertpapiere
 - (aa) grundsätzlich EUR 69
 - (bb) sofern Anträge von mehr als einem Teilnehmer für dasselbe Wertpapier vorliegen EUR 119
 - (cc) sofern das Wertpapier aufgrund von § 11 Abs. 1 lit. b) oder lit. c) einbezogen wird EUR 3.000
2. Das Entgelt für die Einbeziehung in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board beträgt

für Aktien und Aktien vertretende Zertifikate einer Gattung

I) Mindesteinbeziehungsentgelt: EUR 20.000		
+		
II) Variables Einbeziehungsentgelt		
Marktkapitalisierungsanteil in EUR Mio.		Entgelt je angefangene EUR 1 Mio. Marktkapitalisierung
größer als	kleiner oder gleich	
0	30	0
30	50	700
50	100	350
100	250	250
250		0

Beispielsrechnung:

Auf Basis einer Marktkapitalisierung von z.B. EUR 260 Mio. EUR wäre das Entgelt für die Einbeziehung wie folgt zu berechnen:

Mindesteinbeziehungsentgelt (in EUR): **20.000**

+

Variables Einbeziehungsentgelt (in EUR):

30 x 0 =	0 +
20 x 700 =	14.000 +
50 x 350 =	17.500 +
150 x 250 =	37.500 +
10 x 0 =	0 =
Ergebnis:	69.000
<i>Gesamtsumme Einbeziehungsentgelt (in EUR):</i>	89.000

3. Das Entgelt für die Wiedereinbeziehung in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board beträgt

für Aktien und Aktien vertretende Zertifikate einer Gattung EUR 1.000
4. Das Entgelt für die einmalige Einbeziehung von Strukturierten Produkten in den Open Market beträgt EUR 1.500.
 - a) Das zu leistende Entgelt gemäß Entgeltverzeichnis, I., Nummer 4 Satz 1 ist bei bis zu 5.000 Einbeziehungen im Kalenderjahr insgesamt auf EUR 75.000 pro Kalenderjahr pro Emittent begrenzt, für den der Teilnehmer den Antrag stellt. Für darüber hinaus gehende einbezogene Strukturierte Produkte im Kalenderjahr ist das zu leistende Entgelt gemäß Satz 4 solange wieder zu entrichten, bis eine Gesamtsumme für sämtliche Einbeziehungen eines Emittenten im Kalenderjahr von EUR 100.000 erreicht ist. Danach entfällt die weitere Erhebung des Entgelts gemäß Entgeltverzeichnis, I., Nummer 4 Satz 1.
 - b) Wenn die Einbeziehung in mehr als der Hälfte aller pro Kalenderjahr gestellten Einbeziehungsanträge auf über das elektronische Antrags-Tool „E-Listing Strukturierte Produkte“ gestellte Einbeziehungsanträge erfolgt, darf das zu leistende Entgelt gemäß Entgeltverzeichnis, I., Nummer 4 Satz 1 bei bis zu 5.000 Einbeziehungen im Kalenderjahr insgesamt EUR 70.000 pro Kalenderjahr pro Emittent nicht überschreiten. Für darüber hinaus gehende einbezogene Strukturierte Produkte im Kalenderjahr ist das zu leistende Entgelt gemäß Entgeltverzeichnis, I., Nummer 4 Satz 1 solange wieder zu entrichten, bis eine Gesamtsumme für sämtliche Einbeziehungen eines Emittenten im Kalenderjahr von EUR 95.000 erreicht ist. Danach entfällt die weitere Erhebung des Entgelts gemäß Entgeltverzeichnis, I., Nummer 4 Satz 1.

- c) Für jede Einbeziehung, die auf einen nicht über das elektronische Antrags-Tool „E-Listing Strukturierte Produkte“ gestellten Einbeziehungsantrag erfolgt, erhöht sich das zu leistende Entgelt ohne Anrechnung auf die Entgeltobergrenzen gemäß Entgeltverzeichnis, I., Nummer 4 lit. a) und lit. b) um EUR 0,50.

II. Notierungsentgelt für Nichtstrukturierte Produkte

1. Das Entgelt für die Notierung im Quotation Board beträgt pro Kalendervierteljahr
- | | | |
|--|-----|---|
| a) für Aktien und Aktien vertretende Zertifikate einer Gattung | EUR | 0 |
| b) für Fondsanteile | EUR | 0 |
| c) für Anleihen und sonstige Wertpapiere | EUR | 0 |
2. Das Entgelt für die Notierung in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board beträgt pro Kalendervierteljahr
- | | | |
|---|-----|-------|
| für Aktien und Aktien vertretende Zertifikate | EUR | 3.250 |
|---|-----|-------|
3. Das Entgelt für die Notierung in das Basic Board beträgt pro Kalendervierteljahr
- | | | |
|---|-----|-------|
| für Aktien und Aktien vertretende Zertifikate einer Gattung | EUR | 1.875 |
|---|-----|-------|

III. Notierungsentgelt für Strukturierte Produkte

Der Teilnehmer, der einen Antrag auf Einbeziehung eines Strukturierten Produktes gemäß § 33 Abs. 2 in einer anderen Währung als EUR (Fremdwährung) gestellt hat, muss für jedes einbezogene Strukturierte Produkt ein jährliches Entgelt in Höhe von EUR 500 zahlen, sofern die Handels- und Abwicklungswährung der bevorzugten Fremdwährung entspricht. Die Pflicht zur Zahlung des Notierungsentgelts in voller Höhe besteht zum Zeitpunkt der Einbeziehung und jeweils am 1. Januar eines Kalenderjahres. Eine anteilige Erstattung des Notierungsentgelts erfolgt nicht.

Quote-Verpflichtete, die die Einbeziehung von Strukturierten Produkten in Fremdwährung gemäß § 33 Abs. 2 beantragen, können das Notierungsentgelt reduzieren, in dem sie unten aufgeführte Paketgrößen erwerben.

Der Quote-Verpflichtete verpflichtet sich mit Erwerb einer Paketgröße, die Paketgröße in der entsprechenden Fremdwährung jährlich auf unbestimmte Zeit zu beziehen. Die DBAG wird dem Quote-Verpflichteten bei Erwerb der Paketgröße sowie jährlich im Januar hierüber eine Rechnung stellen. Sowohl der Quote-Verpflichtete als auch die DBAG können den Erwerb einzelner oder sämtlicher Paketgrößen mit einer Frist von

einem Monat zum Jahresende kündigen. Der Quote-Verpflichtete kann den Erwerb einer Paketgröße außerordentlich zum Jahresende kündigen, sofern die DBAG die Preise für eine Paketgröße ändert.

Mit Erwerb einer Paketgröße ist das Notierungsentgelt für die der jeweiligen Paketgröße entsprechenden Anzahl von Strukturierten Produkten in der jeweiligen Fremdwährung pro Kalenderjahr bezahlt.

Pro Fremdwährung kann ein Quote-Verpflichteter Paketgrößen bis zu einer maximalen Gesamtanzahl von 10.000 Strukturierten Produkten im Kalenderjahr erwerben. Für jedes ab dem 10.000. einbezogene Strukturierte Produkt pro Fremdwährung wird das Notierungsentgelt von EUR 500 erhoben. Nicht genutzte Paketgrößen verfallen am Ende eines Kalenderjahres. Eine anteilige Erstattung des Notierungsentgelts erfolgt nicht.

Die Pflicht zur Zahlung des Notierungsentgelts entfällt zum Zeitpunkt der Einbeziehung, sofern eine Paketgröße erworben wurde und das einzubeziehende Strukturierte Produkt ein Strukturiertes Produkt ersetzt,

- bei dem unterjährig ein Knock-Out Ereignis eingetreten ist,
- das aufgrund des Laufzeitendes unterjährig fällig wurde oder
- dessen Einbeziehung unterjährig gekündigt wurde.

Währung	Paketgröße	Notierungsentgelt in € für Pakete für eine einzelne Handelswährung
CHF, USD, GBP, SGD, AUD, CAD, NOK, SEK, HKD, CZK, PLN, HUF, TRY, RUB, NZD, CNY oder DKK		
	250	12.500
	500	20.000
	1.000	30.000
	2.000	50.000
	5.000	75.000
10.000	90.000	

Währung	Paketgröße	Notierungsentgelt in € für Pakete für unterschiedliche Handelswährungen
CHF, USD, GBP, SGD, AUD, CAD,		
	250	n/a
	500	n/a

NOK, SEK, HKD, CZK, PLN, HUF, TRY, RUB, NZD, CNY oder DKK	1.000	50.000
	2.000	80.000
	5.000	120.000
	10.000	150.000

Ein Upgrade auf ein größeres Paket oder von einem Einzelwährungspaket auf ein gemischtes Paket ist jederzeit unterjährig gegen Zahlung der Preisdifferenz zum bisherigen Paket möglich.

Hat der Antragsteller ein Paket zur Einbeziehung von Fremdwährungsprodukten erworben und werden in den entsprechenden, vom Antragsteller einbezogenen Fremdwährungsprodukten innerhalb eines Kalenderjahres mehr als 10.000 Orders mit einer Ordergröße von mindestens EUR 5.000 ausgeführt, so erhält der Antragsteller im Folgejahr einen Rabatt von 50% auf den Paketpreis.

Die DBAG kann Emittenten und Antragstellern im Rahmen von zeitlich begrenzten Aktionen Preisnachlässe auf die Entgelte dieses Abschnitts anbieten. Die jeweils geltenden Aktionen werden auf der Webseite der DBAG unter <http://www.zertifikate.boerse-frankfurt.de> veröffentlicht.

Anlage 1 Mindestinhalte des Vertrages zwischen Emittent und betreuendem Capital Market Partner für die Einbeziehung von Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board

I. Unterstützung vor und bei der Antragstellung auf Einbeziehung

Der betreuende Capital Market Partner verpflichtet sich

1. vor Stellung des Antrages auf Einbeziehung von Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board ein Informationsgespräch mit dem Emittenten zu führen, in dem der betreuende Capital Market Partner den Emittenten über mindestens folgende Punkte aufklärt und berät:
 - die Einbeziehungsfolgepflichten des Emittenten nach den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der DBAG für den Freiverkehr an der Frankfurter Wertpapierbörse,
 - die mit der Einbeziehung verbundenen sonstigen gesetzlichen Pflichten des Emittenten, insbesondere nach der Marktmissbrauchsverordnung (Market Abuse Regulation – MAR), dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz (WpÜG) und dem Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) und
 - die Investor Relations-Aktivitäten des Emittenten im Berichtsjahr,
2. bei der Antragstellung auf Einbeziehung von Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten in Scale den Emittenten bei der Erstellung von folgenden Unterlagen zu unterstützen und zu beraten:
 - des Unternehmenskurzportraits,
 - des Unternehmenskalenders.

II. Unterstützung ab dem Zeitpunkt der Einbeziehung sowie für die ersten beiden vollen Kalenderjahre nach der Einbeziehung

Der betreuende Capital Market Partner verpflichtet sich ab dem Zeitpunkt der Einbeziehung sowie für die ersten beiden vollen Kalenderjahre nach der Einbeziehung von Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikaten in Scale

1. mindestens einmal jährlich ein Informationsgespräch mit dem Emittenten zu führen, in dem der betreuende Capital Market Partner den Emittenten über mindestens Folgendes aufklärt und berät:

- die unter I. 1. genannten Punkte und
 - eine mögliche Zulassung der Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikate zum Handel im General Standard oder Prime Standard an der Frankfurter Wertpapierbörse und die damit verbundenen generellen Transparenzanforderungen, wobei die Chancen und Anforderungen der einzelnen Marktsegmente detailliert und ausgewogen dargestellt und insbesondere auf die individuellen Bedürfnisse und Ziele des Emittenten eingegangen werden soll,
2. den Emittenten bei Fragen zu den Einbeziehungsfolgepflichten zu beraten und bei der Erstellung und Pflege von Folgepflichtdokumenten und –daten zu unterstützen.

Hinweis:

Wird der Vertrag zwischen einem Emittenten und dem betreuenden Capital Market Partner im Rahmen einer bereits bestehenden Einbeziehung, aufgrund eines Wechsels des betreuenden Capital Market Partners abgeschlossen, muss der Vertrag lediglich den Mindestinhalt unter Punkt II. enthalten.

Anlage 2a Einbeziehungsdokument für die Einbeziehung in Scale unter gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board

Das Einbeziehungsdokument gemäß § 17 Abs. 1 lit. b), Abs. 3 lit. b) hat mindestens die in der nachfolgenden Tabelle aufgelisteten Informationen über die Finanzlage und die Zukunftsaussichten des Emittenten und über mit seinen Wertpapieren verbundene Rechte zu enthalten; die Informationen müssen objektiv, nicht werbend sein sowie in leicht zu analysierender, knapper und verständlicher Form dargeboten werden.

Das Einbeziehungsdokument soll keine Informationen enthalten, die nicht wesentlich oder für den Emittenten und die betreffenden Wertpapiere nicht spezifisch sind und darf keine Informationen weglassen, die die Beurteilung der Finanzlage und der Zukunftsaussichten des Emittenten beeinflussen.

Hinweis:

Das Einbeziehungsdokument wird gemäß § 40 Abs. 1 lit. a) für die Dauer von fünf Jahren auf den Internetseiten der DBAG unter <https://www.cashmarket.deutsche-boerse.com> veröffentlicht.

I.	Einleitung und Warnhinweise
	<ul style="list-style-type: none">- Bezeichnung der Wertpapiere, ISIN;- Name, Sitz und Anschrift des Emittenten;- Namen und Funktionen der für das Einbeziehungsdokument verantwortlichen Personen bei dem Emittenten;- Name, Sitz und Anschrift des Antragstellenden Capital Market Partner;- Datum der Prüfung des Einbeziehungsdokuments durch den Antragstellenden Capital Market Partner; - Warnhinweise, dass:<ul style="list-style-type: none">- das Einbeziehungsdokument kein Prospekt gemäß der Verordnung (EU) 2017/1129 ist;- das Einbeziehungsdokument zum Zwecke der Einbeziehung in Scale erstellt wird und veröffentlicht werden kann – wobei Scale ein Marktsegment eines multilateralen Handelssystems und nicht eines geregelten Marktes ist – dass das Einbeziehungsdokument nicht für ein öffentliches Angebot genutzt werden darf und nach dem Zeitpunkt der Einbeziehung nicht aktualisiert, geändert oder ergänzt wird;- das Einbeziehungsdokument unter der Verantwortung des Emittenten erstellt wurde und der Emittent für den Inhalt verantwortlich ist;- der Antragstellende Capital Market Partner das Einbeziehungsdokument auf Vollständigkeit, Kohärenz und Verständlichkeit überprüft hat (nicht auf die inhaltliche Richtigkeit);- die DBAG das Einbeziehungsdokument nicht auf Richtigkeit geprüft hat.
II.	Wesentliche Informationen über den Emittenten
	<ul style="list-style-type: none">- kurze Beschreibung des Emittenten der Wertpapiere, die mindestens folgende Angaben enthält:

	<ul style="list-style-type: none"> - Datum und Land der Gründung des Emittenten, - Sitz und Rechtsform des Emittenten, für ihn geltendes Recht, Eintragungsort und -nummer und seine Rechtsträgerkennung (LEI); - Hauptanteilseigner des Emittenten, einschließlich Angabe, ob an ihm unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen oder Beherrschungsverhältnisse bestehen und wer die Beteiligungen hält bzw. die Beherrschung ausübt; - Identität der für die Geschäftsführung verantwortlichen Schlüsselpersonen; - Identität der Abschlussprüfer;
	<ul style="list-style-type: none"> - kurze Beschreibung der Geschäftstätigkeit und der Aussichten des Emittenten, die mindestens folgende Angaben enthält: <ul style="list-style-type: none"> - Geschichte und Entwicklung des Emittenten, - Art der derzeitigen Geschäftstätigkeit und Haupttätigkeiten des Emittenten samt den hierfür wesentlichen Faktoren, wobei die Hauptprodukt- und/oder dienstleistungskategorien sowie die Hauptmärkte, auf denen der Emittent vertreten ist, anzugeben sind; - wichtigste jüngste Trends, die sich auf den Emittenten und die Branchen, in denen er tätig ist, auswirken; - alle bereits bekannten Trends, die sich auf den Emittenten und die Branchen, in denen er tätig ist, auswirken; - kurze Angaben über die etwaige Abhängigkeit des Emittenten in Bezug auf Patente und Lizenzen, Industrie-, Handels- oder Finanzierungsverträge oder neue Herstellungsverfahren, wenn diese Faktoren von wesentlicher Bedeutung für die Geschäftstätigkeit oder die Rentabilität des Emittenten sind; - alle Rechtsstreitigkeiten, die einen erheblichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Emittenten haben können, - jede bedeutende Veränderung in der Finanzlage des Emittenten, die seit der Veröffentlichung des letzten Abschlusses eingetreten ist;
	<ul style="list-style-type: none"> - Angabe des Emittenten, dass die bei Stellung des Einbeziehungsantrages gemäß § 17 Abs. 3 lit. c) und d) vorgelegten Abschlüsse und Lageberichte veröffentlicht wurden und wo diese abrufbar sind;
	<ul style="list-style-type: none"> - Erklärung des Emittenten, dass das Geschäftskapital seiner Ansicht nach für die derzeitigen Anforderungen ausreichend ist oder, falls dies nicht der Fall ist, wie der Emittent beabsichtigt, sich das zusätzlich erforderliche Geschäftskapital zu beschaffen;
	<ul style="list-style-type: none"> - kurze Beschreibung der für den Emittenten spezifischen wesentlichen Risikofaktoren und wie diese sich jeweils auf den Emittenten und die einzubeziehenden Wertpapiere auswirken können;
	<ul style="list-style-type: none"> - kurze Beschreibung der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane und zum oberen Management des Emittenten, die in Bezug auf jedes Mitglied mindestens folgende Angaben enthält: <ul style="list-style-type: none"> - Name und Funktion; - Höhe der Vergütung einschließlich Sachleistungen und Aktienbesitz sowie Optionen auf Aktien des Emittenten; - etwaige Schuldsprüche in Bezug auf betrügerische Straftaten, etwaige Insolvenzen, Insolvenzverwaltungen oder Liquidationen sowie etwaige öffentliche Anschuldigungen und/oder Sanktionen von Seiten gesetzlicher Behörden oder Regulierungsbehörden (einschließlich Berufsverbände) während zumindest der letzten fünf Jahre.

III.	Wesentliche Informationen über die Wertpapiere und über die Einbeziehung
	<ul style="list-style-type: none">- kurze Beschreibung der einzubeziehenden Wertpapiere, die mindestens folgende Angaben enthält:<ul style="list-style-type: none">- Art und Gattung der Wertpapiere sowie ISIN;- so weit wie möglich eine Beschreibung des Anlegertyps, dem die Wertpapiere angeboten werden sollen, insbesondere was die Fähigkeit, Anlageverluste zu verkraften, und den Anlagehorizont betrifft;- gegebenenfalls Währung und Stückelung der Wertpapiere;- Zahl der ausgegebenen und voll eingezahlten Aktien und der ausgegebenen, aber nicht voll eingezahlten Aktien;- Nennwert pro Aktie bzw. Angabe, dass die Aktien keinen Nennwert haben;- Modalitäten und Bedingungen der Wertpapiere und mit den Wertpapieren verbundene Rechte;- bei Emittenten mit Mehrstimmrechtsaktien: Angaben zur Ausgestaltung der Rechte und Pflichten, insbesondere das Verhältnis zum Gesamtkapital, die Anzahl der repräsentierten Stimmrechte und Bedingungen zur Aufhebung des Mehrstimmrechts;- relativer Rang der Wertpapiere in der Kapitalstruktur des Emittenten im Falle der Insolvenz des Emittenten;- etwaige Beschränkungen der freien Handelbarkeit der Wertpapiere;- gegebenenfalls Dividenden- oder Ausschüttungspolitik;- gegebenenfalls Beschreibung bestehender Aktienbeteiligungsprogramme (Aktioptionen, Belegschaftsaktienprogramme);
	<ul style="list-style-type: none">- kurze Beschreibung bestehender Lock-up-Vereinbarungen, die mindestens folgende Angaben enthält:<ul style="list-style-type: none">- die beteiligten Parteien;- Inhalt und Ausnahmen der Vereinbarung;- der Zeitraum des "lock up";
	<ul style="list-style-type: none">- kurze Beschreibung der für die Wertpapiere spezifischen wesentlichen Risikofaktoren und wie diese sich jeweils auf den Emittenten und die einzubeziehenden Wertpapiere auswirken können;
	<ul style="list-style-type: none">- kurze Erläuterung der Gründe für die Einbeziehung in Scale sowie gegebenenfalls der Zweckbestimmung der Erlöse und der geschätzten Nettoerlöse;
	<ul style="list-style-type: none">- kurze Beschreibung sonstiger relevanter Informationen, insbesondere Auflistung jeglicher materieller Interessen (einschließlich widersprüchlicher Interessen), die für die Emission relevant sind, in der die Personen und die Art der Interessen anzugeben sind; hierzu gehört auch die Auflistung nebenberuflicher Tätigkeiten von Personen in den Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorganen sowie dem oberen Management des Emittenten, die einen möglichen Interessenskonflikt zum originären Geschäftsmodell des Emittenten haben könnten.
IV.	Zusätzliche Informationen im Falle von Aktien vertretenden Zertifikaten
	<ul style="list-style-type: none">- Angaben zum Emittenten der Zertifikate, die Aktien vertreten,- Angaben zu den zugrunde liegenden Aktien,- Angaben zu den Zertifikaten, die Aktien vertreten,- Grundlegende Angaben über die Emission von Hinterlegungsscheinen.

V.	Erklärungen
	<ul style="list-style-type: none">- der für das Einbeziehungsdokument verantwortliche Personen (Name, Sitz und Anschrift des Emittenten/Namen und Funktionen des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans des Emittenten), dass ihres Wissens die Angaben in dem Einbeziehungsdokument richtig sind und darin keine Tatsachen verschwiegen werden, die die Aussage des Einbeziehungsdokuments verändern können (Datum, Unterschriften);- des Antragstellenden Capital Market Partner (Name, Sitz und Anschrift des Antragstellenden Capital Market Partner/Namen und Funktionen des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans des Capital Market Partner), dass seines Wissens die Angaben in dem Einbeziehungsdokument vollständig, kohärent und verständlich sind (Datum, Unterschriften).

**Anlage 2b
Vereinfachtes Einbeziehungsdokument für die Einbeziehung in Scale unter
gleichzeitiger Einbeziehung in das Basic Board für im regulierten Markt
zugelassener Aktien und Aktien vertretende Zertifikate (Downlisting)**

Das Einbeziehungsdokument gemäß § 18 lit. c) hat mindestens die in der nachfolgenden Tabelle aufgelisteten Informationen über die Finanzlage und die Zukunftsaussichten des Emittenten und über mit seinen Wertpapieren verbundene Rechte zu enthalten; die Informationen müssen objektiv, nicht werbend sein sowie in leicht zu analysierender, knapper und verständlicher Form dargeboten werden.

Das Einbeziehungsdokument soll keine Informationen enthalten, die nicht wesentlich oder für den Emittenten und die betreffenden Wertpapiere nicht spezifisch sind und darf keine Informationen weglassen, die die Beurteilung der Finanzlage und der Zukunftsaussichten des Emittenten beeinflussen.

Hinweis:

Das Einbeziehungsdokument wird gemäß § 40 Abs. 1 lit. a) für die Dauer von fünf Jahren auf den Internetseiten der DBAG unter <https://www.cashmarket.deutsche-boerse.com/> veröffentlicht.

I.	Einleitung und Warnhinweise
	<ul style="list-style-type: none">- Bezeichnung der Wertpapiere, ISIN;- Name, Sitz und Anschrift des Emittenten;- Namen und Funktionen der für das Einbeziehungsdokument verantwortlichen Personen bei dem Emittenten;- Name, Sitz und Anschrift des Antragstellenden Capital Market Partner;- Datum der Prüfung des Einbeziehungsdokuments durch den Antragstellenden Capital Market Partner; - Warnhinweise, dass:<ul style="list-style-type: none">- das Einbeziehungsdokument kein Prospekt gemäß der Verordnung (EU) 2017/1129 ist;- das Einbeziehungsdokument zum Zwecke der Einbeziehung in Scale erstellt wird und veröffentlicht werden kann – wobei Scale ein Marktsegment eines multilateralen Handelssystems und nicht eines geregelten Marktes ist – dass das Einbeziehungsdokument nicht für ein öffentliches Angebot genutzt werden darf und nach dem Zeitpunkt der Einbeziehung nicht aktualisiert, geändert oder ergänzt wird;- das Einbeziehungsdokument unter der Verantwortung des Emittenten erstellt wurde und der Emittent für den Inhalt verantwortlich ist;- der Antragstellende Capital Market Partner das Einbeziehungsdokument auf Vollständigkeit, Kohärenz und Verständlichkeit überprüft hat (nicht auf die inhaltliche Richtigkeit);- die DBAG das Einbeziehungsdokument nicht auf Richtigkeit geprüft hat.
II.	Wesentliche Informationen über den Emittenten
	<ul style="list-style-type: none">- kurze Beschreibung des Emittenten der Wertpapiere, die mindestens folgende Angaben enthält:

	<ul style="list-style-type: none"> - Datum und Land der Gründung des Emittenten, - Sitz und Rechtsform des Emittenten, für ihn geltendes Recht, Eintragungsort und -nummer und seine Rechtsträgerkennung (LEI); - Haupttätigkeiten des Emittenten - Hauptanteilseigner des Emittenten, einschließlich Angabe, ob an ihm unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen oder Beherrschungsverhältnisse bestehen und wer die Beteiligungen hält bzw. die Beherrschung ausübt; - Identität der für die Geschäftsführung verantwortlichen Schlüsselpersonen; - Identität der Abschlussprüfer;
	<p>- Wesentliche Angaben zur Geschäfts- und Finanzlage:</p> <p>Durch Verweis werden die Angaben aus den folgenden [nach § 17 Abs. 3 lit. c bzw. § 17 Abs. 3 lit. d vorzulegenden] Abschlüssen und Lageberichten in dieses Einbeziehungsdokument einbezogen;</p> <p>Links einfügen, je mit elektronischer Verknüpfung („Hyperlink“), zu allen Dokumenten, die mittels Verweis aufgenommen werden. Die verlinkten Dokumente sowie die Hyperlinks müssen über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren verfügbar bleiben.</p>
	<p>- kurze Angaben über jede bedeutende Veränderung in der Finanzlage des Emittenten, die seit der Veröffentlichung des letzten Abschlusses eingetreten ist;</p>
	<p>- Erklärung des Emittenten, dass er die laufenden Pflichten aus der Zulassung seiner Aktien und Aktien vertretenden Zertifikate zum regulierten Markt an der FWB oder an einem anderen geregelten Markt im Sinne des Artikels 4 Abs. 1 Nr. 21 der Richtlinie 2014/65/EU eingehalten hat und wo die Dokumente, die im Rahmen der Erfüllung dieser Pflichten veröffentlicht wurden, abrufbar sind.</p>
	<p>- Erklärung des Emittenten, dass das Geschäftskapital seiner Ansicht nach für die derzeitigen Anforderungen ausreichend ist oder, falls dies nicht der Fall ist, wie der Emittent beabsichtigt, sich das zusätzlich erforderliche Geschäftskapital zu beschaffen;</p>
	<p>- kurze Beschreibung der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane und zum oberen Management des Emittenten, die in Bezug auf jedes Mitglied mindestens folgende Angaben enthält:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Name und Funktion; - Höhe der Vergütung einschließlich Sachleistungen und Aktienbesitz sowie Optionen auf Aktien des Emittenten; - etwaige Schuldsprüche in Bezug auf betrügerische Straftaten, etwaige Insolvenzen, Insolvenzverwaltungen oder Liquidationen sowie etwaige öffentliche Anschuldigungen und/oder Sanktionen von Seiten gesetzlicher Behörden oder Regulierungsbehörden (einschließlich Berufsverbände) während zumindest der letzten fünf Jahre.
III.	Wesentliche Informationen über die Wertpapiere
	<p>- kurze Beschreibung der einzubeziehenden Wertpapiere, die mindestens folgende Angaben enthält:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Art und Gattung der Wertpapiere sowie ISIN;

	<ul style="list-style-type: none"> - Zu welchem geregelten Markt im Sinne des Artikels 4 Abs. 1 Nr. 21 der Richtlinie 2014/65/EU die Wertpapiere zugelassen waren und Dauer der Zulassung - gegebenenfalls Währung und Stückelung der Wertpapiere; - Zahl der ausgegebenen und voll eingezahlten Aktien und der ausgegebenen, aber nicht voll eingezahlten Aktien; - Nennwert pro Aktie bzw. Angabe, dass die Aktien keinen Nennwert haben; - Modalitäten und Bedingungen der Wertpapiere und mit den Wertpapieren verbundene Rechte; bei Emittenten mit Mehrstimmrechtsaktien: Angaben zur Ausgestaltung der Rechte und Pflichten, insbesondere das Verhältnis zum Gesamtkapital, die Anzahl der repräsentierten Stimmrechte und Bedingungen zur Aufhebung des Mehrstimmrechts - relativer Rang der Wertpapiere in der Kapitalstruktur des Emittenten im Falle der Insolvenz des Emittenten; - etwaige Beschränkungen der freien Handelbarkeit der Wertpapiere; - gegebenenfalls Dividenden- oder Ausschüttungspolitik; - gegebenenfalls Beschreibung bestehender Aktienbeteiligungsprogramme (Aktienoptionen, Belegschaftsaktienprogramme);
	<ul style="list-style-type: none"> - kurze Beschreibung bestehender Lock-up-Vereinbarungen, die mindestens folgende Angaben enthält: <ul style="list-style-type: none"> - die beteiligten Parteien; - Inhalt und Ausnahmen der Vereinbarung; - der Zeitraum des "lock up";
	<ul style="list-style-type: none"> - kurze Beschreibung der für die Wertpapiere spezifischen wesentlichen Risikofaktoren und wie diese sich jeweils auf den Emittenten und die einzubeziehenden Wertpapiere auswirken können;
	<ul style="list-style-type: none"> - kurze Erläuterung der Gründe für die Einbeziehung in Scale sowie gegebenenfalls der Zweckbestimmung der Erlöse und der geschätzten Nettoerlöse;
	<ul style="list-style-type: none"> - kurze Beschreibung sonstiger relevanter Informationen, insbesondere Auflistung jeglicher materieller Interessen (einschließlich widersprüchlicher Interessen), die für die Emission relevant sind, in der die Personen und die Art der Interessen anzugeben sind; hierzu gehört auch die Auflistung nebenberuflicher Tätigkeiten von Personen in den Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorganen sowie dem oberen Management des Emittenten, die einen möglichen Interessenskonflikt zum originären Geschäftsmodell des Emittenten haben könnten.
IV.	Zusätzliche Informationen im Falle von Aktien vertretenden Zertifikaten
	<ul style="list-style-type: none"> - Angaben zum Emittenten der Zertifikate, die Aktien vertreten, - Angaben zu den zugrunde liegenden Aktien, - Angaben zu den Zertifikaten, die Aktien vertreten, - Grundlegende Angaben über die Emission von Hinterlegungsscheinen.
V.	Erklärungen
	<ul style="list-style-type: none"> - der für das Einbeziehungsdokument verantwortliche Personen (Name, Sitz und Anschrift des Emittenten/Namen und Funktionen des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans des Emittenten), dass ihres Wissens die Angaben in dem Einbeziehungsdokument richtig sind und darin keine Tatsachen verschwiegen

	<p>werden, die die Aussage des Einbeziehungsdokuments verändern können (Datum, Unterschriften);</p> <ul style="list-style-type: none">- des Antragstellenden Capital Market Partner (Name, Sitz und Anschrift des Antragstellenden Capital Market Partner/Namen und Funktionen des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans des Capital Market Partner), dass seines Wissens die Angaben in dem Einbeziehungsdokument vollständig, kohärent und verständlich sind (Datum, Unterschriften).
--	--

Anlage 3 Bestätigung des Antragstellenden Capital Market Partner über die Geegnetheit des Emittenten für Scale

Hiermit bestätigen wir, **Firma/Sitz des Antragstellenden Capital Market Partner** in Bezug auf den Emittenten der in Scale einzubeziehenden Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikate (ISIN), **Firma/Sitz des Emittenten** (nachfolgend „Emittent“), dass eine angemessene Legal und Financial Due Diligence bei dem Emittenten für die Zwecke des Börsengangs durchgeführt wurde, aufgrund derer wir zu der Einschätzung gelangt sind, dass

- I. die Gesellschaft nach dem für den Emittenten geltenden Recht ordnungsgemäß gegründet wurde und eine bestehende Gesellschaft ist,**
- II. die einzubeziehenden Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikate in Übereinstimmung mit dem für den Emittenten geltenden Recht ausgegeben wurden und den für das Wertpapier geltenden Vorschriften entsprechen,**
- III. der Emittent ein operatives Geschäft betreibt,**
- IV. der Emittent mindestens drei der nachfolgenden Kriterien/Kennzahlen erfüllt**
 - a) Umsatz mindestens EUR 10 Mio.
 - b) Jahresüberschuss mindestens EUR 0
 - c) bilanzielles Eigenkapital größer als EUR 0
 - d) Mitarbeiterzahl des Emittenten mindestens 20 Personen
 - e) kumuliertes, vor dem Börsengang eingesammeltes Eigenkapital in Form von Bareinlagen von mindestens EUR 5 Mio.

Beträge in Fremdwährung haben dem jeweiligen Betrag in EUR zu entsprechen. Im Fall von Ziffer 1 lit. a) bis lit. c) sind tatsächliche Zahlen basierend auf dem letzten geprüften Jahresabschluss bzw. Konzernabschluss anzugeben und jede Nichterfüllung einer der Kriterien/Kennzahlen kurz zu erläutern.

- V. der Emittent Vorkehrungen getroffen hat hinsichtlich:**
 - eines internen Risikomanagements zur Identifizierung, Analyse und Kontrolle von Unternehmensrisiken,
 - eines internen Systems zur Erfüllung seiner Publizitäts- und Berichtspflichten,
 - internen Compliance-Bestimmungen, die das Handeln des Emittenten in Übereinstimmung mit geltendem Recht sicherstellen,

- einer Betreuung von Aktionären, Investoren und Analysten,

VI. und der Vorstand und Aufsichtsrat des Emittenten über eine hinreichende Sachkunde oder Erfahrung zur Ausübung ihrer jeweiligen Funktionen verfügen;

unserer Prüfung lagen insbesondere folgende Kriterien zugrunde:

- Gespräche mit allen Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern geführt,
- die Lebensläufe von allen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder geprüft und
- öffentlich zugängliche Informationen über alle Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder ausgewertet

Datum/Unterschrift des Antragstellenden Capital Market Partner

Anlage 4 Unternehmenskurzportrait

Das Unternehmenskurzportrait hat die nachfolgenden, wesentlichen Unternehmensinformationen, Handels- und Wertpapierdaten (zusammen im Folgenden „Angaben“) zu enthalten.

Eine aktuelle Fassung des Unternehmenskurzportraits ist bei der Antragstellung auf Einbeziehung in Scale an die DBAG zu übermitteln (gemäß § 17 Abs. 3 lit. h)) sowie unverzüglich bei jeder Änderung, die in Bezug auf die Angaben eintritt (gemäß § 21 Abs. 1 lit. g aa)).

Sofern nicht anders gekennzeichnet, werden die Angaben auf den Internetseiten der DBAG unter <https://www.cashmarket.deutsche-boerse.com> veröffentlicht.

Unternehmensinformationen:

- Firma und Unternehmenslogo
- Geschäftsanschrift/eingetragener Firmensitz
- Telefonnummer
- Faxnummer
- Internetadresse
- Kontakt-Mailadresse des Emittenten
- Gründungsdatum
- Gründungsland
- Ende des Geschäftsjahres
- Rechnungslegungsstandard
- Konsolidierungspflicht (ja/nein)

[Hinweis: wird nicht auf den Internetseiten der DBAG veröffentlicht]

- Namen und Funktionen der gesetzlichen Vertreter (Mitglieder des Vorstands oder der Geschäftsführung)
- Kontakt-Mailadresse des/der gesetzlichen Vertreter

[Hinweis: wird nicht auf den Internetseiten der DBAG veröffentlicht]

- Namen des Aufsichtsrats (soweit vorhanden)
- Name des Antragstellenden Capital Market Partner
- Name des betreuenden Capital Market Partner

Geschäftsbeschreibung (Umfang sollte 500 Zeichen nicht übersteigen):

- Beschreibungen des operativen Geschäfts
- Nennung der Geschäftsbereiche und Produkte

Wesentliche Handelsdaten:

- ISIN
- Marktplatz (Xetra und/oder Frankfurt)
- Spezialist (sofern bekannt)
- Designated Sponsor (sofern vorhanden)

Wesentliche Wertpapierdaten:

- Gesamtzahl der Aktien oder Aktien vertretenden Zertifikate
- Höhe des Grundkapitals
- Ausgestaltung von Mehrstimmrechtsaktien
- Aktionärs- oder Inhaberstruktur

Anlage 5 Bestätigung hinsichtlich Finanzanalysen

Hiermit bestätigen wir, **Firma/Sitz des Emittenten** (nachfolgend „Emittent“) in Bezug auf die in Scale einzubeziehenden/einbezogenen Aktien oder Aktien vertretende Zertifikate (ISIN), dass folgender Capital Market Partner ab dem Zeitpunkt der Einbeziehung und für die ersten beiden vollen Kalenderjahre nach der Einbeziehung in Scale Finanzanalysen erstellen wird.

Firma/Sitz des Capital Market Partners zur Erstellung der Finanzanalysen*:

Ansprechpartner/in beim Emittenten für die Veröffentlichung der Finanzanalysen:

Name:

Telefonnummer:

E-Mail-Adresse:

Ort, Datum und Unterschrift des Emittenten

*Eine Übersicht der Deutschen Börse Capital Market Partner für die Erstellung von Finanzanalysen ist im Internet unter <https://www.cashmarket.deutsche-boerse.com> im Bereich Deutsche Börse Capital Partner abrufbar.

* * * * *